

Krankenkasse sollen besondere Ortskrankenkassen abgetrennt werden können, auch wenn der allgemeinen Ortskrankenkasse nur 250 Mitglieder verbleiben. Die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen, die die Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber fördern und die Interessen der erkrankten Arbeiter erheblich gefährden, sollen bestehen bleiben. Eine Betriebskrankenkasse soll nicht erst, wie die Vorlage vorschlug, bei mindestens 500 Versicherungspflichtigen errichtet werden können, sondern es soll die Zahl von 150 genügen. Ja, zur Aufrechterhaltung von landwirtschaftlichen Betriebskrankenkassen soll schon eine Mitgliederzahl von 50 genügen. Innungskrankenkassen können ohne jede Begrenzung ihrer Zahl nach unten fortbestehen und von Innungen für die Versicherungspflichtigen errichtet werden, die in den der Innung angehörigen Betrieben ihrer Mitglieder beschäftigt sind. Die Vorlage bietet neben dem freien Durcheinander aller möglichen Kassenarten eine Reihe von wesentlich vom Belieben der Verwaltung abhängiger Bestimmungen über Auseinanderreißung und Vereinigung von Kassen. Dieses bunte Durcheinander erschwert natürlich dem Arbeiter außerordentlich die Geltendmachung seiner Rechte, ermöglicht aber, einen Haufen von Beamten anzustellen. Und das ist offensichtlich der Zweck dieses Gegenarbeitens gegen zentralisierte große leistungsfähige Kassen.

Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter, Anstellung verkränkter Existenzen der Bourgeoisie als Kassenleiter an Stelle von Arbeitern und auf Kosten der Arbeiterklasse ist das Ziel, das die Scharfmachermehrheit nach Osten zu verwirklichen hofft.

Das italienische Ministerprogramm.

Rom, den 6. April 1911.

Zu großen Unrissen war das Programm, das Giolitti heute der Kammer vorlegen sollte, bereits bekannt, und mehr als große Unrissen hat der Ministerpräsident in seiner Programmrede auch nicht gegeben. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle, die ihren Militärdienst geleistet haben, und auf jeden männlichen Bürger, der das 30. Lebensjahr erreicht hat, die Abgeordnetenwahl, die Alters- und Invalidenversicherung, deren finanzielle Bedingung durch ein Staatsmonopol der Lebensversicherung geschaffen werden soll — all diese Dinge waren aus den Verhandlungen bekannt, und wer etwa geglaubt hat, Giolitti werde ihnen in seiner Rede ein besonderes Gewicht oder eine besondere Farbe verleihen, der hat sich geirrt. Die Programmrede war viel bereicherter in dem, was sie verschwiegen, als in dem, was sie aussprach. Sehr berechtigt war in der Tat das Schweigen über das seit Jahren bestehende Gesetz über die Ehecheidung. Man hatte geglaubt, Giolitti werde Mittel und Wege suchen, um die Klerikalen von sich abzuschütteln und dadurch zu verhindern, daß sich seine Mehrheit von den Sozialisten bis zu diesen dehne, aber man hat sich sehr geirrt, zu diesem Punkte sagte er nur wörtlich: „Was die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betrifft, so werden wir in Anerkennung des Prinzips der weitestgehenden Freiheit und voll Zustimmung vor dem religiösen Gefühl in der ganzen Regierungsklasse die Rechte aufrecht erhalten, die sich aus der Souveränität des weltlichen Staates und aus der Einhaltung der Gesetze ergeben.“ Nicht mit Unrecht hat der radikale Fraktion dem Ministerpräsidenten entgegen gehalten, daß, wenn er sich schon mit Priestern begnügen müsse, er die eleganten und klugen Duzanten bei weitem vorzöge.

Bemerkenswert war, daß die Sozialisten sich während der Rede Giolittis ganz des Erfolgs enthielten. Während dann die Sitzung unterbrochen wurde, um das Programm im Senat zu verlesen, hielt die Parlamentsfraktion ihre Sitzung ab, in der sie sich bereit erklärte, das Ministerium zu unterstützen. Als nach Wiederaufnahme der Arbeiten Fradeletto in bestigter Weise Giolitti angriff, ihn in seiner Gewaltpolitik den Condottieri des Mittelalters an die Seite stellte, ihn beschuldigte, anstatt auf Grund von Prinzipien, auf Grund einer Klientel zu regieren, da wurde derselbe Fradeletto von niemand öfter unterbrochen als von den Sozialisten und namentlich von Turati.

Wir haben öfter Gelegenheit gehabt, auf die tiefe Verzachtung hinzuweisen, mit der Giolitti seiner Mehrheit begegnet. Die heutige Kammermehrheit muß ihn in diesem Gefühl geteilt haben. Die gut dressierte Hundel kamen als die Herren der ministeriellen Mehrheit — mit Ausnahme der Sozialisten —, um dem Diktator nach seiner Rede zu huldigen, und zwar kamen genau dieselben, die man als Gegner der Wahlrechtsveränderung kennt, die bekannten Gegner liberaler und demokratischer Politik, kurz alle, die auf das Wort des Giolitti von gestern geschworen hatten und nun anstandslos bereit waren, dem Willen des Herrn gemäß die Livree ihrer Gedanken zu wechseln.

Giolitti hat allen Grund, auf die Ergebnisse seiner Dressur stolz zu sein, wenn auch nicht auf das Menschenmaterial, das er dressiert hat. Wenn es aber nicht darum geht, die Macht persönlichen Einflusses zu erproben, der muß sich voll Beforgnis fragen, wie es um die Geschicke der Wahlrechtsveränderung steht, wenn diese ausschließlich von der Gnade und Laune eines Menschen abhängt. Die Kammermehrheit will die Reform nicht und findet sich mit ihr nur ab, weil Giolitti dies wünscht. Wenn heute die Diktatorstunde erklände, würden die guten Leute nichts von der Wahlreform übrig lassen. Ob wohl dem Mann, der über drei Viertel der Kammer uneingeschränkt gebieten kann, damit gebietet er, daß die Sozialisten das Reich seiner Allmacht noch vermehren? Und ob die Sozialisten gut tun, sich der Gefolgschaft eines Ministers anzugesellen, den sie so oft den moralischen Verderber des politischen Lebens genannt haben?

Die Parlamentsfraktion, der Fall Bissolati und das Ministerium.

In einer mehr als achtsündigen Diskussion, die bis nach Mitternacht währte, hat sich gestern die sozialistische Parlamentsfraktion mit dem Fall Bissolati auseinandergesetzt.

Zunächst hat Bissolati selbst Erklärungen über sein Verhalten abgegeben, unter denen besonders bemerkenswert war, daß Bissolati einräumt, sich in seiner schließlichen Weigerung auch, ihm selbst unwohl, von dem Unwillen habe leiten lassen, der in Parteikreisen gegen seinen Schritt zutage trat. Er hätte daraufhin den Eindruck gehabt, daß der Versuch verfrucht sei, holte aber dafür, daß die Partei die Frage des Eintritts in ein Ministerium in Erwägung ziehen und prüfen müsse.

Die außerordentlich lebhafteste Diskussion ließ schließlich vier Grundrichtungen zutage treten: Eine Tagesordnung Calda erklärt, die zwingenden Gründe anzuerkennen, die den Eintritt in ein Kabinett als einen Vorteil für das Proletariat erscheinen lassen und spricht Bissolati das volle Vertrauen der Fraktion aus. Für diese Tagesordnung stimmten: Veronini, Calda, Ghisla, Rondani, Giolitti und Pieraccini.

Die zweite Richtung gruppierte sich um eine Tagesordnung Turati. In dieser heißt es, daß bei dem heutigen Organisationsstande und bei der heutigen psychologischen Verfassung der Partei

und der proletarischen Bewegung in Italien der Eintritt der Sozialisten in ein bürgerliches Kabinett, der wohl von einer vorübergehenden Unterstützung eines Regierungsprogramms zu unterscheiden sei, die sozialistische Aktion wesentlich schwächen und das schon bestehende Verhältnis zwischen rein proletarischer Aktion und der Reife und Eroberungskraft der Massen vermehren würde. Es heißt weiter, daß der Eintritt weder durch eine eigentliche Volksbewegung noch durch besondere geschichtliche Umstände heute gefordert würde und wahrscheinlich nicht einmal zum Ruhen bestimmter wichtiger Reformen dienen würde. Schließlich spricht die Tagesordnung ihre Benützung darüber aus, daß Bissolati diesen Bedingungen Rechnung getragen habe. Für diese Tagesordnung stimmten zehn Abgeordnete und zwar: Beltrami, Montemartini, Brampolini, Turati, Quaglino, Crapanzese, Podrecca, Merlani, Giacomo Ferri und Treves.

Die dritte Richtung unterscheidet sich nur durch eine Nuance von der vorigen. Ihre Tagesordnung konstatiert lediglich, daß die politischen und sozialen Verhältnisse des Landes durchaus gegen das Experiment eines sozialistischen Ministers sprechen und nimmt den Verzicht Bissolatis zur Kenntnis, der im wesentlichen diesen Verhältnissen Rechnung trägt. In der Fassung dieser Tagesordnung liegt im Gegensatz zu der Turatis eine gelinde Mißbilligung von Bissolatis Vorgehen. Für sie stimmten der Proponent Pescetti und weiter die Genossen Ventini, Mancini, Morgari, Campanozzi und De Felice.

Schließlich hatten die beiden intransigenten Abgeordneten Rusatti und Agnini eine Tagesordnung eingebracht, für die nur die beiden Unterzeichner stimmten. Hier wird die Haltung Bissolatis als logische Konsequenz der bisherigen Methoden der Fraktion bezeichnet und ihr Misserfolg, der aus ihr erwachsende Schaden und die in ihm zutage tretende Haltlosigkeit hervorgehoben, dann die Unvereinbarkeit der sozialistischen Prinzipien und der sozialistischen Taktik mit dem Eintritt in ein Kabinett und mit der Gewährung eines Vertrauensvotums betont und schließlich beschlossen, die Aktion der Fraktion künftighin den Zeitfragen gemäß zu gestalten, die sich aus der antikapitalistischen und antimonarchischen Natur der sozialistischen Partei ergeben; nur in diesem Falle könnte die Fraktion zukünftig jede Verantwortlichkeit für die Haltung derjenigen sozialistischen Abgeordneten ablehnen, die gegen die Parteidisziplin verstießen.

Wir haben also eine Tagesordnung, die Caldas, die Bissolatis Haltung in allem billigt, weiter zwei Tagesordnungen — Turati und Pescetti —, die nur seinen Verzicht gutheißen, und schließlich die Tagesordnung Rusatti-Agnini, die den Gedanken eines Ministerialismus sowohl für die Gegenwart als die nächste Zukunft ablehnt und die Mißbilligung Bissolatis auf die gesamte Politik der Fraktion ausdehnt. Keine von allen hat die absolute Mehrheit davongetragen, die bei 21 Stimmberechtigten 11 betrug. Bissolati selbst sowie die beiden als Unterstaatssekretäre ins Auge gefassten Genossen Bonomi und Cabrini haben sich der Abstimmung enthalten.

Wenn diese Diskussion so verlaufen war, daß eine Spaltung vermieden wurde, so brachte die heutige Entscheidung der Fraktion, für das Kabinett zu stimmen, die Genossen Rusatti und Agnini dahin, ihren Austritt aus der Fraktion anzukündigen, um nicht in den Augen des Proletariats die Verantwortlichkeit für eine Haltung auf sich zu nehmen, die sie von Grund aus mißbilligen.

Man fragt sich mit Sorge, welchen Eindruck all diese Dinge in den Massen machen müssen, die sich tatsächlich in der Tat ihrer Fraktion nicht mehr annehmen können. Es tritt immer deutlicher zutage, daß der im Mai bevorstehende Parteitag von Modena sich absolut nicht damit begnügen kann, eine technische Ergänzung des Mailänder Parteitages zu sein.

Das Votum.

Rom, 6. April 1911. (Sig. Ver.) Ohne große Erregung und ohne auch nur das äußere Bild des Kampfes ist Giolitti die ungeheure Mehrheit zugefallen, zu der ihn seine politische Diktatorstellung berechtigte. Außer den Republikanern, Sonninoern und Klerikalen haben nur ein paar Eingänger gegen das Kabinett gestimmt. Von den Sozialisten stimmten Rusatti und Agnini, die aus der Fraktion ausgetreten sind, gegen Giolitti und von den Fraktionsmitgliedern die Genossen Marangoni und Pescetti. Von den übrigen in Sachen des Ministerialismus differierenden Sozialisten enthielt sich Campanozzi der Abstimmung, während Morgari aus Disziplin mit der Fraktionsmehrheit stimmte.

Die Situation kennzeichnet sich ganz klar dahin, daß die Sozialisten dem allgemeinen Stimmrecht zuliebe in der übergroßen Mehrheit Giolittis aufgegangen sind. Man muß schon abwarten, welchen Preis die Fraktion für ihr Opfer erhält. Vorläufig sind Kammerferien bis zum 10. Mai und es kann noch viel Wasser ins Meer fließen, ehe die Wahlreform aus einem Versprechen Giolittis zur Wirklichkeit wird.

Der Jahreskongreß der belgischen Sozialdemokratie.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Den zu Oeren in Brüssel stattfindenden Jahreskongreß der belgischen Partei werden außer den Parteiberichtern eine Reihe politischer Fragen der Gegenwart beschäftigen, in deren Mittelpunkt ein erneuter und intensiver Kampf für ein universelles und uneingeschränktes allgemeines Wahlrecht — Aufhebung des Pluralvotums und der verfälschten Verhältniswahl — gestellt ist. Der Kongreß wird die vom Generalsekretär der Partei für die Demonstration des politischen Grundrechtes beschlossene nationale Manifestation des Volkes, die für den 15. August in Aussicht genommen ist und an der sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft ganz Belgiens beteiligen wird, zu bestätigen haben und die weiteren Maßnahmen und Formen für diese Kampagne zu bestimmen. Dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht wird die Partei einen nicht minder energischen Kampf gegen die klerikale Schulvorlage anzufügen haben, die mit den Scheinfraktionen eines angeblich „obligatorischen“ Unterrichts und des Kinderschutzes die klerikale Macht auf dem Schulgebiete noch weiter ausdehnen und den Kongregationen zur Verhinderung des offiziellen Schulunterrichts 15—20 Millionen in den Rücken werfen will. — In seinem Kongreßbericht über die politische Situation schlägt Vandervelde vor, daß sämtliche im Hinblick auf die Augustmanifestationen von der Partei organisierten Veranstaltungen die folgenden Punkte auf ihrer Tagesordnung fassen: Gewerkschaftliche Organisation; Kampf gegen die Schulvorlage und allgemeines Wahlrecht. — Der gestrige Sonntag eröffnete die Versammlungslampagne mit einer Serie von Versammlungen für Brüssel und die Vororte. Die belgische Partei ist hierbei zum erstenmal der deutsch-österreichischen Methode gefolgt, an einem Tage eine Reihe von Versammlungen abzuhalten. Zur Tagesordnung: „Kampf für das Wahlrecht“ und „Gegen die Schulvorlage“ sprachen lauter bekannte Führer der belgischen Partei. Auch die Vergewaltigungen, die augenblicklich die Kammer beschäftigen und die wieder die

jämmerliche Halbheit, die lassende und unzuverlässige sozialpolitische Haltung des klerikalen Arbeitsministers enthielten, waren Gegenstand der Versammlungskritiken.

Die im Oktober stattfindenden Gemeinderatswahlen werden ebenfalls eine Behandlung auf dem Osterkongreß erfahren; ferner wird die belgische Univeritätsfrage: die Schaffung einer flamischen Universität beziehungsweise die Blämierung der französischen Universität in Gent (eine Frage, die in der Partei geteilte Auffassungen findet), zur Besprechung kommen. Dem Kongreß wird auch ein Vorschlag zur Revidierung der Statuten des Generalsekretärs vorgelegt werden. — Wie weit die von Vandervelde seit der der Schulvorlage mit Eifer verfolgte Taktik eines gemeinsamen Aufmarsches von Liberalen und Sozialisten zur Verhinderung der Schulvorlage und für die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in der Gesamtpartei ihre Förderung findet, wird wohl der Kongreß zeigen. Immerhin bleibt der Wert der Bundesgenossenschaft der Liberalen — die „Moderation“ — hult natürlich wieder in allen möglichen bürgerlichen Zeitungen — im Wahlrechtskampf wenigstens ein recht zweifelhafter, da selbst die demokratischen Führer nicht die Forderung der Arbeiterpartei — allgemeines Wahlrecht „pur et simple“, ohne Einschränkung vom 21. Lebensjahre an — unterschreiben, sondern für die Aufrechterhaltung der zweiten Stimme für den Familienvater, vom 35. Lebensjahre an, sind und überdies das Recht zum Stimmern erst dem 25-jährigen Staatsbürger zusprechen wollen. Das tägliche Abstimmungsergebnis im Dezember anlässlich des sozialistischen Antrages auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ohne Einschränkung, hatte neuerdings gezeigt, daß das doktrinaire Übergewicht die Demokratie in der liberalen Fraktion wieder einmal zu Boden gedrückt hat. Dagegen gestatten die klerikalen Attentate der Regierung, wie jetzt wieder die Schulvorlage, den Herren Liberalen die Rolle tühnen Fortschrittlers, ja sogar die noch höhere Rolle von politischen Verrätern der Sozialisten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. April 1911.

Zur Erstwahl im 4. Reichstagswahlkreis.

Bei dem Rückblick auf die Entwicklung der Sozialdemokratie im 4. Wahlkreis seit 1871 in der Nummer vom 8. April hatten wir dargelegt, daß der vierte Kreis seit 1877 sich in sozialdemokratischem Besitz befand, daß jedoch 1881 die Sozialdemokratie gegen Träger unterlag. Der Kandidat der Sozialdemokratie war 1881 nicht Frische, der sich damals in Amerika befand, sondern Bebel. Tatsächlich hatte Bebel gestimmt, indessen wurden vom Wahlkomitee eine große Anzahl gültiger sozialdemokratischer Stimmen für ungültig erklärt, so daß danach Kröger 1901, Bebel 1899, also 12 Stimmen weniger erhielt. Die Wahl wurde angefochten und wäre wegen der Wahlmängel mit Sicherheit von der Wahlprüfungskommission und dem Reichstag kassiert worden. Da jedoch etwas Unerwartetes — die Wahlakten verschwanden, sie kamen nie wieder zum Vorschein, sie waren aus dem Reichstag gestohlen, um die Kassierung der Wahl zu hintertreiben.

Das kleinere Uebel.

Die Freisinnigen zählen unter sich gar seltsame politische Klänge. Sie halten ihre Politik für die Achse, um die sich das ganze politische Leben Deutschlands dreht, und leiten aus dieser Auffassung die Folgerung ab, daß sie bei den Wahlen unbedingt von links und rechts unterstützt werden müssen, damit das politische Gesamtgetriebe in der richtigen Schwere bleibt. Die Tatsache, daß die Freisinnigen bisher bei den Reichstagswahlen nur ganz wenige Mandate aus eigener Kraft zu erringen vermochten und ihre meisten Reichstagsitze dadurch erlangten, daß sie bei den Stichwahlen von links und von rechts als das kleinere Uebel betrachtet wurden, wird von einer gewissen Sorte Freisinniger gar nicht mehr als Schwäche der eigenen Position empfunden. Sie rechnen vielmehr mit dieser Unterstützung als etwas ganz Selbstverständlichem, und ihre Wahltaktik ist lediglich darauf gerichtet, sich diese Mittelstellung zu erhalten, das heißt sich weder so stark nach rechts, noch so weit nach links zu engagieren, daß sie von den Konservativen oder — der Sozialdemokratie nicht mehr als kleineres Uebel betrachtet werden. Deshalb nur ja keine feste Marschroute, keine bestimmten Zusicherungen an die Adressen der Konservativen und des Zentrums, aber auch keine festen Zusicherungen an die Sozialdemokratie. Alles muß hübsch vorsichtig angefaßt werden, damit in jedem Wahlkreis der fortschrittliche Kandidat seine Taktik nach der dortigen politischen Konstellation einrichten kann — immer nur das Ziel im Auge, seine Qualifikation als kleineres Uebel nicht einzubüßen, so daß er im Fall einer Stichwahl von rechts oder links genügend Stimmen erhält — um das Mandat zu erlangen.

Da auch Herr Dr. Pacht durch diese schöne Strategie sein Mandat erworben hat, ist es erklärlich, daß er sie in der „Vollz.“ als vorzüglich anpreist. Daß der Freisinn, wenn ein freisinniger Kandidat mit einem Konservativen oder Zentrumsmann in die Stichwahl gelangt, auf sozialdemokratische Unterstützung rechnen kann, nimmt er als gewiß an, und großmütig meint er, der Freisinn könne sich ruhig solche Hilfe gefallen lassen, ohne an Qualität zu verlieren, denn die Konservativen und Zentrumsparteiler nähmen ja auch sozialdemokratische Unterstützung an, wenn sie sie haben könnten. Schwere Gedanken macht Herr Pacht dagegen die Ankündigung einzelner konservativer Führer, daß die Konservativen bei Stichwahlen zwischen Fortschrittlichen und Sozialdemokraten die Wahlparole „Stimmhaltung“ befolgen würden. Mit sanften Worten redet er deshalb den Konservativen zu, sich nicht durch die demokratischen Versicherungen radikaler Freisinniger erbittern zu lassen und nach wie vor die Freisinnigen im Vergleich zu den Sozialdemokraten als das kleinere Uebel zu betrachten.

Diese Erbitterung ist psychologisch begreiflich, nachdem sich seit fast zwei Jahren der Kampf fast ausschließlich gegen rechts gerichtet hat, und nachdem Personlichkeiten, die freilich mehr Rechten als Politiker sind, Stichwahlenparolen zur Länge und ohne jede Spezialisierung ausgegeben haben. So sehr sich indes die Konservativen hierdurch zum Gegenschlag gereizt fühlen mögen, so wenig dürfen die Älteren unter ihnen vergessen, daß Wähler keine Kalkülen sind, und daß ihre Partei, wenn sie solche Parolen läßt, für alle Zeit das Recht verliert, sich als eine Wächterin der Sozialdemokratie hinzustellen. Außerdem würde die einfachste Veranlassung die darüber auflären, daß sie auf diese Weise zwar dem Liberalismus Verluste beibringen, aber umgekehrt ebenso empfindliche Verluste selbst erleiden. Auf die Zahlen braucht hier nicht das Nähere eingegangen zu werden; in einzelnen Wahlkreisen schwankt ja auch die Waage. Aber es bleiben genug Möglichkeiten übrig, um den Gegnern rechtlich heimguzuhlen. Den Gewinn hätte dabei die Sozialdemokratie.

Die Folgerung aus dieser Beforgnis wäre, daß Herr Pacht seinen Parteigenossen empfiehlt, nur nicht zu radikal aufzutreten, damit sie sich nicht die Günst der Konservativen völlig verderben. Aber diese Forderung mag er doch nicht ohne weiteres öffentlich aussprechen — vielleicht weil er der diplomatischen Meinung ist: „So etwas tut man, aber man sagt es nicht!“

Das „Berl. Tagebl.“ ist übrigens mit der Radnizischen Wahlstrategie nicht einverstanden. Es schreibt: „Es ist nicht ganz klar, welche Persönlichkeiten Herr Radniz als „Aestheten“ zu bezeichnen beliebt — vielleicht meint er Friedrich Raumann, vielleicht auch andere Leute, aber in jedem Falle stört er durch seine Bemerkungen den Frieden, der gerade von den „Aestheten“ aufs peinlichste beobachtet wird. Im übrigen lassen wir uns natürlich mit Herrn Radniz in eine Diskussion darüber, ob „Stichwahlparolen zur Unzeit“ ausgegeben worden sind und ob nicht sein Artikel „zur Unzeit“ erscheint, nicht ein. Wenn er die Konservativen um ihre Stimmen bitten will, mag er das tun. Ueber Geschmackfragen soll man bekanntlich nicht streiten, und wir lassen Herrn Dr. Radniz seine Geschnad.“

Auch eine gottgegebene Abhängigkeit.

In der am Sonntag von uns mitgeteilten Aeußerung der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ gegen den früheren Minister v. Kölliker heißt es, der Widerstand, den der Reichskanzler bezüglich der elsaß-lothringischen Verfassungsreform auf seiten der Konservativen finde, werde ihn nicht davon abhalten, „mit aller Entschiedenheit an einem Entwurf festzuhalten, von dessen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit er nach wie vor überzeugt ist.“ Diese Aumassung des Kanzlers, eine andere Absicht zu verfolgen, als denen um Heydenbrand und Noellier genehm ist, scheint in den Reichen der konservativen Hauptmacher arg verschmüpft zu haben; denn Herr Georg Hertel erläßt in der „Deutschen Tageszeitung“ eine ernste Verwarnung an den ungehorsamen Kanzler, in der diesem klargemacht wird, daß er völlig vom blauschwarzen Vlod abhängig ist und deshalb als deren politischer Kommiss die ihm erteilten Aufträge prompt auszuführen habe:

„Man mag in der Frage der elsaß-lothringischen Verfassung einen Standpunkt einnehmen, welchen man wolle: das wird allerdings zugegeben werden müssen, daß diese Rundgebung nicht sonderlich glücklich und geschickt gefaßt ist. Ob die Parteien, auf deren Mitarbeit der Kanzler rechnet und rechnen muß, die gewünschte parteipolitische Verschmelzung bekunden und bekräftigen werden, steht vorläufig dahin. Mit Ausnahme der Nationalliberalen sieht augenblicklich überhaupt keine Partei auf dem Boden des Entwurfs. Die Linken und die Sozialdemokraten sind mit den gebotenen Zugeständnissen bei weitem nicht zufrieden. Das Zentrum war ja geneigt, sich parteipolitisch zu beschreiben, bis der unglückliche Entwurf der Wahlkreiserteilung der Reichstagskommission zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde. Wenn der Reichskanzler trotz alledem noch auf eine parteipolitische Verschmelzung der Parteien hofft, so verrät er einen ziemlich starken Optimismus.“

Wenn aber die offizielle Erklärung von dem Widerstande spricht, den er dabei auf seiten der Konservativen finde, so ist dies nicht völlig richtig. Allerdings sind ersreulicherweise die Konservativen im Reiche und in Preußen nicht geneigt, sich zu beschreiben. Für sie kommen durchaus nicht parteipolitische Erwägungen in Betracht, sondern sie fürchten mit Recht von der Einführung der Verfassung nicht nur eine zunehmende Radikalisierung der Reichslage, sondern auch eine schwere Schädigung der nationalen Interessen...“

Die Antrempelung ist reichlich berde; aber die konservativen Wortführer wissen, daß Herr v. Bethmann Hollweg sich nach ruhiger Ueberlegung in die „gottgegebene Abhängigkeit“ fügen und Order parieren wird.

Baßermann-Konkurrenz.

Nach einer Meldung aus Trier hat die Zentrumspartei beschlossen, dem Kandidaten Baßermann in Saarbrücken einen Arbeiterkandidaten der Kölner Richtung entgegenzustellen. Bei der Hauptwahl 1907 wurden im Kreise Saarbrücken 20 324 nationalliberalen, 19 183 Zentrum- und 2022 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Bei der Stichwahl entfielen 22 688 Stimmen auf den nationalliberalen und 21 220 Stimmen auf den Zentrumskandidaten.

Durchpeitschung der Reichsversicherungsordnung.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veröffentlicht der nationalliberale Abgeordnete Horn eine Art Erläuterung zu seiner Unterhaltung über die Durchpeitschung der Versicherungsordnung. Was er zu erklären hat, ist lediglich eine Wespenschnitzung dessen, was im „Vorwärts“ darüber gesagt worden ist, nur sucht er möglichst abzuschwächen. Er stellt zunächst fest, daß er nicht direkt vom „Anfhandel“ gekommen sei; er halte es nicht für überflüssig, mitzutheilen, daß er nach Schluß des Reichstages mit Mitgliedern einer anderen Partei kein Wort gewechselt habe. Daß er sich mit einem Fraktionskollegen über die Ausfichten und die etwaige geschäftliche Behandlung des größten Gesetzes, das den Reichstag seit dem Bürgerlichen Gesetzbuch beschäftigt habe, unterzieht, könne nicht als ein außergewöhnliches Ereignis betrachtet werden.

Zur Sache selbst erklärt er:

„Dah man abschnitt, oder artikelweise vorgeht, ist nach Ansicht vieler älterer Parlamentarier, mit denen ich darüber gesprochen habe, nicht nur praktisch, sondern auch geschäftsmäßig durchaus zulässig. Dah man sich dabei einen gewissen Geschäftspion macht, über den selbstverständlich doch mit Vertretern sämtlicher Parteien zu verhandeln wäre, bedarf wohl kaum einer besonderen Begründung; zumal noch dem allgemein bekannten Beschluß des Seniorenkongresses, daß die Reichsversicherungsordnung in der Zeit von Oetern bis Pfingsten erledigt werden soll. Es kann also weder von der Absicht eines Bruchs der Geschäftsordnung, noch von einer Durchpeitschung der Vorlage die Rede sein. Auch meine Aeußerung, daß eventuell noch zwei Serien von Rednern (nicht noch zwei Rednern, wie der Einfender des Artikels fälschlich behauptet) die Diskussion geleiten werden müsse, kann nicht als solche Absicht gedeutet werden; zumal da der betreffende Herr vergessen hat, einen Fußab: wenn Obstruktion versucht werden sollte“, mit zu veröffentlichen.“

Daß die Absicht besteht, die Reichsversicherungsordnung in währendem Parforceritt zu erledigen, gibt also Herr Horn offen zu. Darüber zu streiten, ob dieses Beginnen den Namen Durchpeitschung verdient oder nicht, ist völlig zwecklos.

Komisch wirkt es übrigens, daß die nationalliberale Presse die Veröffentlichung des Durchpeitschungsplans im „Vorwärts“ zum Anlaß nimmt, um sich allerlei schöne Deklamationen gegen die „parlamentarische Obstruktion“ zu leisten. Das entspricht freilich völlig der Anweisung des „Politischen Handbuchs der Nationalliberalen Partei“; denn dort steht Seite 773 zu lesen, mit der Obstruktion würde „die Art an die Wurzel des deutschen Parlamentarismus gelegt“. Deshalb konnte denn auch nach der Verlesung des Handbuchs 1902 „kein Zweifel darüber bestehen, daß die nationalliberale Partei die Obstruktion um jeden Preis mit niederzuzwingen müßte“. Damals handelte es sich um den Sozialist, jetzt um die Versicherungsordnung. Merkwürdig ist nur, daß die

Nationalliberalen nur dann die Obstruktion so verabscheuungswürdig finden, wenn sie im Kampfe zur Verteidigung wichtiger Interessen der breiten Volksmassen zur Anwendung kommt. In anderen Fällen haben sie eine ganz andere Beurteilung dafür. So liest man in demselben nationalliberalen Handbuch auf Seite 353 die folgenden Sätze:

„Nach dem Ableben des Freiherrn v. Stumm fiel namentlich im Preussischen Landtag die Führung der freikonservativen Partei dem Freiherrn v. Jellich und Neukirch zu, der sich bei der Kanal- und bei der Schulvorlage als ein überaus geschickter Faktiker erwies. Anfangs ein allerdings nicht ganz offen hervortretender Gegner des Kanalprojekts, hat er es verstanden, durch Forderung von Auskünften, Erhebungen und Kompensationen für die Landwirtschaft die Kommissionsverhandlungen so zu verschleppen, daß an eine Fertigstellung der gesetzgeberischen Aufgabe nicht zu denken war.“

Ist das nun etwas anderes als Obstruktion? Was demnach die Nationalliberalen als den schlimmsten Frevel hinstellen, wenn wir Sozialdemokraten es zum Schutze des Volkes auch nur versuchen, ebendasselbe bewundern sie und loben sie überschwänglich, wenn ein anderer es für die Sonderinteressen einer kleinen Clique tut. Wie sie denn auch am Schluß dem Freiherrn v. Jellich das Zeugnis ausstellen: „Die freikonservative Partei hat durch diese nicht ungeschickte Steuerung vielfach einen maßgebenden Einfluß auf die innerpolitischen Verhältnisse gewonnen, der unverhältnismäßig größer war, als ihre zahlenmäßige Stellung im Parlament.“

Wenn also jetzt wieder so getan wird, als ob die Obstruktion nur bekämpft werden solle, um den Parlamentarismus vor angeblichem Ruin zu bewahren, so ist das eitel Gesunkel. Nicht die Obstruktion lassen sie, sondern das, was durch die gefürchtete sozialdemokratische Obstruktion erreicht werden soll.

Mehr Berufsstolz.

In einem Aufsatze in den Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, in dem sich Defonomierat Dr. Stieger-Berlin mit der Landarbeiterfrage beschäftigt, findet sich folgender erbaulicher Absatz:

„Deshalb muß es in den Kreisen der Landarbeiter erst wieder als Lebensziel erkannt und willig und freudig erfaßt werden, daß die Kinder grundsätzlich in demselben Beruf verbleiben, also daß aus den Arbeiterkindern noch tüchtigere und glücklichere Landarbeiter werden sollen, als es die Eltern gewesen. Dazu gehört allerdings nicht die Verachtung, sondern rechte Würdigung der eigenen Arbeit: ein echter, herzhafter Berufsstolz, den zu wecken, wo er fehlt, und den zu retten und zu stärken, wo er noch da ist, unsere wichtigste und höchste Aufgabe sein muß!“

Deshalb bemühen sich die Agrarier auch noch unablässig, im Landarbeiter achten und herzhaften Berufsstolz zu wecken: durch erbärmliche Hungerlöhne, durch die preussische Gefinderechnung, durch ostentative Herrenmentalität, durch Negligémachung der Landarbeiter, durch sorglose Behütung vor „sozialdemokratischem Gift“ durch preussische Landräte und Polizeisten und durch die geistige Kluft der omnifachen Kreisblätter...“

Enquete über das zoll- und handelspolitische System.

Die Kellerten der Berliner Kaufmannschaft verlangen vom Reichskanzler die Einsetzung einer Enquetekommission über die Wirkungen des bestehenden zoll- und handelspolitischen Systems. Dieser Kommission sollen hauptsächlich Vertreter der erwerbenden Kreise angehören, und zu ihren Beratungen sollen Sachverständige zugezogen werden. Die Leitung der Kommission könne in den Händen von Regierungsbeamten liegen. Offiziell wird das Verlangen der Berliner Kaufmannschaft nachdrücklich zurückgewiesen. Die Berliner Politischen Nachrichten erklären eine solche Kommission für völlig überflüssig, da der wirtschaftliche Austausch für die Vorbereitung handelspolitischer Maßnahmen ganz im Sinne der angestrebten Kommission arbeite, nur daß dieser wirtschaftliche Austausch andere Grundanschauungen über die heutige Zoll- und Handelspolitik habe wie die Kellerten der Berliner Kaufmannschaft. Es sei nicht daran zu denken, daß eine Freihändlerkommission eingesetzt werde zur Vornahme derartiger Untersuchungen.

Hamburg auf der Steuerjude.

Die freie Republik Hamburg hat im November vorigen Jahres eine Steuerkommission eingesetzt, die die Notwendigkeit einer Vermehrung der Staatseinnahmen Hamburgs prüfen und geeignete Vorschläge zu ihrer Vermehrung machen sollte. Anstatt nun in großzügiger Weise eine wirkliche Reform des Steuerwesens vorzunehmen, hat sich die Kommission darauf beschränkt, in ganz kleinlicher Weise ein völlig ungenügendes Fiskalwerk vorzuschlagen. Während das veranschlagte Defizit Hamburg im Jahre 1911 12 bis 14 Millionen Mark beträgt und mindestens 8 Millionen Mark Mehreinnahmen notwendig sind, um für die nächste Zukunft den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu erhalten, bringen die Vorschläge der Kommission nur 7 Millionen Mark. Darunter befinden sich neue Steuern, die so recht dem reaktionären Charakter der Hamburger Kesselfische entsprechen. So schlägt die Kommission die Einführung einer Besteuerung der Konsumvereine vor, die eine jährliche Einnahme von 150 000 M. bringen soll. Anstatt die Hamburger Patrizier mit ihrem Aeservermögen stärker zur Besteuerung heranzuziehen, bemüht man sich hier, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu schröpfen. Dieser reaktionären Steuer durchaus ebenbürtig ist die geplante Besteuerung der Postbarkeiten. Jährlich 1 100 000 M. möchten die Hamburger Staatsgewaltigen aus dieser bildungs- und kulturfeindlichen Steuer herauspressen. Die beiden Steuerarten zeigen den breiten Massen der Hamburger Bevölkerung, wie wenig soziales Verständnis bei ihren Regierenden zu finden ist. Offensichtlich gelingt es noch rechtzeitig, durch intensive Agitation das geplante Steuerattentat abzuwehren.

Verlogene Hege.

Die katolische Presse schreibt in ihrem Bemühen, die Regierung zur Anwendung des unsinnigen Gesetzes zu zwingen, das die zwangsweise Enteignung der Polen in den Provinzen Posen und Westpreußen ermöglicht, vor keiner Verdrehung zurück. In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ findet sich z. B. folgende Notiz: „Im letzten Jahre hat die Ansiedlungskommission 1598 neue Ansiedlerstellen in ihrem Berichte ausgewiesen. In Wirklichkeit ist indessen diese Ziffer zu hoch, da hier 858 vergebene Stellen mitgezählt sind, die bereits in früheren Jahren gebildet und vergeben waren, aber aus bestimmten Gründen nicht mitgezählt waren. Folglich sind 1910 nur 1240 neue Ansiedlerstellen gebildet worden. Diese Sachlage beweist.“ — folgert das Blatt — „daß der Landmangel tatsächlich wie schon 1909 so auch 1910 wieder zu einer Einschränkung der Besiedlung gezwungen hat...“ So tritt das Bild der Zwangslage, das zur Enteignung drängt, wie uns dünkt, scharf genug hervor.“

Unterzögen wird hier, daß im letzten Jahre die Kommission 30 Güter und 33 Bauerntwirtschaften gekauft hat, während ihr 342 Güter und 625 Bauerntwirtschaften zum Kauf angeboten wurden, mit einem Areal von über 120 000 Hektar, von dem nur

ein kleiner Teil als für die Zwecke der Kommission ungeeignet bezeichnet wird. Das Enteignungsgesetz berechtigt die Regierung, höchstens 70 000 Hektar auf dem Wege der Zwangsenteignung zu kaufen, während hier weit mehr für ihre Zwecke geeignetes Land freiwillig angeboten wird. Damit purzelt die ganze Argumentation über den Haufen.

Die katolische Politik der Nationalitätenhege ist von vornherein nicht nur eine Verflüchtigung und ein Verbrechen an den Polen, sondern auch ein bodenloser Unsinn, ein Unsinn freilich, der preussische Agrarier sowohl als den polnischen Schlichtsinnigen enorme Gewinne bei Verkauf ihrer Güter auf Kosten der Gesamtheit zuschmälert. Das Gesetz nach der Enteignung beweist einzig und allein, daß bestimmte Kategorien von Besitzern in jenen Provinzen dabei einen neuen Reichtum erhoffen. Weil nämlich die Enteignung auf Grund des bestehenden preussischen Gesetzes erfolgen müßte, das eine sehr hohe Bewertung des zwangsweise enteigneten Bodens vorsieht, wäre bei einem solchen Verfahren für die Großgrundbesitzer noch viel mehr herauszuschinden als beim freihändigen Verlaufe.

Die Herren gegen das Volk.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In einem Artikel: „Die Herren gegen das Volk“ vom 6. April berichten Sie über die Herrenhaus-Verhandlungen der letzten Tage. Es findet sich dort der Satz: „Nach Graf Hoensbroech eiferte gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht.“ — Es liegt mir daran, festzustellen, daß dieser dort genannte Graf Hoensbroech mein Bruder ist, während ich durchaus für das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht bin. Ich bitte Sie, diese Feststellung Ihren Lesern mitzuteilen. In vorzüglicher Hochachtung Graf Paul v. Hoensbroech.“

Frankreich.

Der Bericht der Wahlreformkommission.

Genosse Groussier, der Berichterstatter der Kommission für Beratung des Proportionalwahlsystems, hat in einem Bericht von etwa 300 Seiten das Ergebnis der Beratungen der Kammer unterbreitet. Die Kommission hat nach der allgemeinen Debatte über die Notwendigkeit der Reform des bestehenden Wahlsystems die verschiedenen Proporzsysteme eingehend geprüft und schließlich ein Projekt gutgeheißen, das den vom geltenden Mehrheitsystem großgezogenen Interessen und Vorurteilen in milderer Hinsicht Rechnung trägt, aber doch den entscheidenden Schritt zur Einführung des neuen Grundgesetzes der Wahlgerechtigkeit unter Zugrundelegung größerer Wahlbezirke tut. An die Stelle des Arrondissementes als Einwahlkreis soll das Département mit einer verschieden großen Zahl nach dem Listensystem zu wählenden Abgeordneten treten. Die Verteilung der Abgeordneten auf die Listen der einzelnen Parteien erfolgt im Verhältnis zu der auf die einzelnen Listen entfallenen Stimmenzahl. Dabei soll die Häufung mehrerer Stimmen auf einen Kandidaten (Annulieren) und die Abänderung der vorgeschlagenen Listen, wie auch die Zusammenstellung eigener Listen (Panachieren) gestattet sein. Ferner wird das „Apparentement“, die Vereinigung mehrerer einander nahestehender Listen zu einer einheitlichen, gestattet. Und die bei der Aufstellung übrig bleibenden Mandate sollen der Mehrheit zufallen, die dadurch über ihr Stärkeverhältnis hinaus, wenn auch nicht mehr so stark wie unter dem jetzt geltenden Mehrheitswahlsystem, begünstigt wird. Auch die übrigen Zugeständnisse der Vorlage bedeuten Mängel. Doch sieht Groussier darin kein Bedenken, da sie die Widerstände gegen die neue Idee vermindern und jederzeit nach deren Einbürgerung beseitigt werden könnten. Die Hauptzwecke der Wahlreform: die größeren Wahlkreise und damit die Zurückdrängung von Kirchturnsinteressen und Einflüssen kleiner ökonomischer Klassen, ferner die Befestigung des widerwärtigen Stichwahlwesens und dabei auch eine bessere Verhütung der Winderweits und Zurückdrängung der persönlichen Kampfmethode, wären auch mit dem vorgeschlagenen System erreicht.

Jaurès würdigt die Verdienste Groussiers, kündigt eine Reihe Verbesserungsvorschläge der Sozialisten an und ist hinsichtlich des Schicksals der Vorlage sehr hoffnungsvoll. Er rechnet auf eine Mehrheit von über 100 Stimmen und ist überzeugt, daß auch der Senat seine Zustimmung nicht werde verweigern können. Hoffen wir, daß er richtig rechnet. Es wäre seit langer Zeit die erste große Reform, die dem französischen Parlament gelangte. Dazu eine, deren Wirkung weit über die Grenzen Frankreichs hinaus der Verbesserung der Wahlrechte und Wahlriten dienen würde.

Zur Revision des Durand-Prozesses.

Während der arme Durand als Opfer des an ihm verübten Justizmordes in Geisteskrankheit verfallen ist und hoffentlich nur zeitweilig, in der Irrenanstalt untergebracht ist, wird vom Kassationshof der Antrag auf Revision des Strafurteils verhandelt. Bisher hat das höchste Gericht sich noch nicht vor der Fülle der neuen Tatsachen, die zugunsten Durands angeführt werden konnten, gebeugt. Ein Verlastungszeuge hat seine Aussage wesentlich geändert. Ein zweiter hat sie völlig widerrufen und zugegeben, daß er sich durch die Machenschaften der Compagnie générale transatlantique, die dem Streikleiter Durand Kasse geschworen hatte, zu falscher Aussage hat verleiten lassen. Außerdem sollen vierzig am Streik beteiligte Hafenarbeiter aus, daß das Gegenteil der gegen Durand erhobenen Anschuldigungen wahr ist. Trotzdem hat die Revisionskammer in kurzer Beratung das vorliegende Material für unzureichend erklärt und eine weitere Untersuchung als notwendig bezeichnet.

Italien.

Fünf und eine halbe Millionen neuer Wähler in Italien.

Rom, 8. April 1911. (Fig. Ber.) Die von Giolitti verheißene Wahlrechtsveränderung wird nach den Berechnungen des „Avanti“ die Zahl der Wähler von 3 Millionen auf 8,5 Millionen erhöhen. Der „Avanti“ macht darauf aufmerksam, daß die Wahlrechtsveränderung vom Jahre 1882, die als eine so große Errungenschaft gefeiert worden ist, nur eine Erhöhung der Wahlberechtigten von 641 000 auf 2 Millionen brachte.

Marokko.

Vom Kriegsschauplatz.

Mohel, 10. April. (B. T. B.) Ein im Ministerium des Aeußeren eingegangenes Telegramm aus Tanger besagt, am 3. d. M. habe ein blutiger Kampf unter den Mauern von Tet stattgefunden, in dem die Mahalla unterlegen sei.

Australien.

Eine sozialistische Arbeiterpartei in Neu-Seeland.

Abseits der auf bürgerlichem Boden stehenden arbeitschaftlichen Gewerkschaftsbewegung der alten Trade Unions hat sich die New Zealand Federation of Labor mit rund 10 000 Mitgliedern als sozialistische Organisation auf dem Boden des Klassenkampfes und des industriellen Unionismus (Industrieverbandsystems), im Gegensatz zu den fastlich und britisch republikanischen Trade Unions konstituiert. Ihre Grundsatzklärung fordert die Abschaffung des Lohnsystems. „Der Reichtum der Welt für die Arbeiter der Welt!“ Als Organ dient ihr „Der Arbeiter des Meeresandes“, der, als Monatsblatt des Arbeiterverbandes geschaffen, nun in ein Wochenblatt des Gesamtverbandes umgewandelt wurde. Redakteur ist Genosse A. S. Koh, bisheriger Redakteur des Melbourne „Socialist“. Er ist Gegner des Schiedsgerichtssystems und Anhänger der politischen Aktion auf dem Boden des Sozialismus.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Regelung des Abschlagslohnes im Puhergewerbe.

Eine Bewegung zur Neuregelung des Abschlagslohnes im Puhergewerbe wurde am Sonntag durch eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sektion der Puhler des Bauarbeiterverbandes eingeleitet. Die Versammlung füllte den großen Saal von Dräsel in der Neuen Friedrichstraße bis auf den letzten Sitzplatz. Der Sektionsvorsitzende Reumann berichtete zunächst über das Ergebnis der am 21. März ausgeführten Bautenkontrolle, die gezeigt hat, daß es mit der Arbeitslosigkeit im Puhergewerbe jetzt ebenso gut bestellt ist, wie um dieselbe Zeit im vorigen Jahre. Die Zahl der Bauten, wo an diesem Tage Puharbeit verrichtet wurde, war 209, und die der beschäftigten Puhler war 2412. Mit Puharbeit waren auf 188 Bauten 1207 Puhler, mit Innenpuharbeit auf 154 Bauten 1205 beschäftigt. Auf den meisten der Bauten war noch für 2 bis 6 Wochen Arbeit. Ferner wurden 361 Bauten vorgefunden, bei denen der Termin für den Beginn der Puharbeit festgestellt werden konnte, und weitere 16 ebenfalls zum Puh fertige Bauten, die jedoch teils wegen Substanzmangel, teils aus anderen Gründen stilllagen, so daß man nicht voraussagen konnte, wann mit der Arbeit begonnen werden kann. Von den beschäftigten Puhern hatten auf 18 Bauten 116 Puhler, sowie auf 15 Bauten 96 Innenpuher einen Abschlagslohn von 9 M. und 22 Puhler bei einem Unternehmer hatten 10 M. Abschlagslohn, während der allgemeine festgesetzte Abschlagslohn 8 M. beträgt. Die Puhler sind sich nun dahin einig geworden, zu fordern, daß der Abschlagslohn allgemein auf 9 M. festgesetzt wird. Die Versammlung beschloß nun, am Dienstag, den 18. April, auf allen Baustellen, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, die Forderung auf 9 M. Abschlagslohn zu stellen, und überall dort, wo diese Forderung nicht bewilligt wird, die Arbeit einzustellen. Gleichzeitig auf allen Bauten, wo die Preisabschlüsse so niedrige sind, daß die 9 M. nach Aufmaß nicht verdient werden, eine Verhandlung der Verträge vorgenommen werden. — In der regen Diskussion äußerten einzelne Redner die Meinung, daß es notwendiger sei, eine gründliche Regelung der Abschlagspreise zu fordern, oder allgemein zu verlangen, daß die Träger aus dem Affordbrotzug ausgeschlossen und wieder direkt vom Unternehmer entlohnt werden. Die vorgeschlagene Resolution wurde jedoch schließlich mit allen gegen nur sieben Stimmen angenommen. Der Zweigvereinsvorsitzende Hanke machte noch darauf aufmerksam, daß nun ohne Zweifel die Puhertätigkeit ebenfalls 9 M. den Tag verlangen werden. Die Versammlung sah es als selbstverständlich an, daß den Trägern dieser Lohn dann auch zuteil werden muß; man erwartet jedoch von ihnen, daß sie sich mehr als bisher Mann für Mann der Organisation anschließen, die ja für sie jetzt ebenfalls der Deutsche Bauarbeiterverband ist. Uebrigens findet am Donnerstag eine öffentliche Puhertätigkeitsversammlung statt, die zu der Forderung Stellung nehmen wird.

Zur Lohnbewegung der Bäcker

nahm am Montag die Freie Vereinigung der Bäckermeister für Berlin und Umgegend Stellung. Der Standpunkt, den der Vorsitzende und andere Redner zum Ausdruck brachten, ist in der Hauptsache der: Die Freie Vereinigung wünscht, daß über die Forderungen der Gesellen verhandelt wird, daß aber gewisse Härten der Forderungen abgeschwächt werden. Es soll ein Tarif geschaffen werden, der nicht nur für die Freie Vereinigung, sondern für alle Bäckermeister Berlins gilt, denn es kann von den Bäckermeistern in den Arbeiterquartieren, die ohnehin schlechter gestellt sind als die Meister in wohlhabenden Stadtteilen, nicht verlangt werden, daß sie den Gesellen mehr zahlen als die bestgestellten Meister. Aus diesen Gründen wünscht die Freie Vereinigung, daß sie und die Innungen gemeinsam mit der Organisation der Gesellen verhandeln, damit eine Einigung zustande kommt, die alle Beteiligten ehrlich zu halten haben. Ein in diesem Sinne gehaltenes Schreiben der Freien Vereinigung an den Obermeister Schimidt ist gar nicht beantwortet worden. Daraus wird geschlossen, daß die Innungen nicht willens sind, die Verhandlungen mit der Freien Vereinigung gemeinsam zu führen. Sollten die Innungen mit den Gesellen überhaupt nicht verhandeln, so wird die Freie Vereinigung allein dies tun. Die Grundlage der Verhandlungen müsse der bis jetzt geltende Tarif bilden. Die Freie Vereinigung will — das wurde scharf betont — unter allen Umständen eine ehrliche Vereinbarung mit den Gesellen zustande bringen. — Folgende Resolution wurde angenommen:

- Auf das Schreiben des Herrn Franz Schneider vom 4. April und die Resolution der Bäckermeister von demselben Tage beschließen die Mitglieder der Freien Vereinigungen von Berlin und Niddorf:
1. Die Vereinigungen lehnen keinen Beamten ab, der dem Bäckergerichte zur Schlichtung der Differenzen zwischen Meister und Gesellen von Seiten des Berliner Einigungsamtes zur Verfügung gestellt wird.
 2. Die Versammlungen schlagen mindestens zwei Mitglieder aus der Berliner und ein Mitglied aus der Niddorfer Freien Vereinigung zu den Verhandlungen vor.
 3. Wird der Vorschlag seitens der Meister vom Zweigverband und auch seitens der Gesellen nicht anerkannt, so übernehmen die Vereinigungen keine Garantie für Uebereinkünfte, die ohne ihre Mitwirkung gemacht werden.
 4. Die Versammlung verlangt von der Gesellenorganisation eine Bestätigung über den Eingang ihres Beschlusses.

Die Tarifbewegung der Tapezierer.

In einer Mitgliederversammlung des Verbandes der Tapezierer, die am Sonntagvormittag in den „Nonfordiasalen“ stattfand, erstattete Zibewitz Bericht über die jüngsten Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Resultat dieser Verhandlungen wurde zuerst in einer Vertrauensmännerführung vorgelegt, die vor Beginn der Mitgliederversammlung stattfand. In dieser Sitzung einigte man sich nicht auf eine bestimmte Empfehlung an die versammelte Gewerkschaft, sondern wollte es dieser überlassen, Stellung zu dem Tarifvertrag zu nehmen, wie er jetzt vorlag und von der Ortsverwaltung zur Annahme empfohlen wurde. Diese Haltung der Ortsverwaltung begegnete vielem heftigen Widerspruch in der Versammlung. Scharfe Angriffe gegen die eingeschlagene Taktik in dieser Tarifbewegung erfolgten von verschiedenen Seiten. Man wies die Zustände der Unternehmer als zu geringfügig zurück und verlangte, daß die alten Forderungen aufrecht erhalten würden. Für die Annahme des Tarifvertrages erklärten sich einige anwesende Vertreter der Klebersektion. Für die Kleber würde der alte Tarif, der ihnen 75 Pf. Stundenlohn sichert, verlängert werden, wozu noch das Zugeständnis käme, daß jeder Klebermeister verpflichtet wäre, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

Der Versammlung lagen Abmachungen vor über einen vierjährigen, wie auch über einen fünfjährigen Tarifvertrag, wie ihn die Unternehmer wünschten. Aus den Kommissionsberatungen gingen die folgenden Vorschläge hervor: Bei einer Tarifdauer von vier Jahren soll der Durchschnittslohn pro Stunde 73 Pf. in den ersten beiden Jahren, und 76 Pf. in den letzten beiden Jahren betragen, zuerst bei der Arbeitszeit von 50, und in der zweiten Hälfte der Tarifdauer bei 49 Stunden pro Woche. Bei einer Tarifdauer von fünf Jahren soll der Stundenlohn 77 Pf. in dem letzten Jahre betragen. Für die Kleberinnen soll der Durchschnittslohn zuerst 40 Pf., dann 42 Pf., und im fünften Jahre 44 Pf. betragen. Die Affordlöhne würden nach dem Uebereinkommen im Laufe einer vierjährigen Tarifdauer um 11 Proz., im Laufe einer fünfjährigen um 13 Proz. steigen, beginnend mit der Steigerung von 5 Proz. Alle bestehenden Löhne würden eine entsprechende Erhöhung wie die angeführten Durchschnittslöhne, zuerst um 3 Pf., dann wieder um 2 Pf. und — bei einer Dauer des Tarifs von fünf Jahren — nochmals um 2 Pf. erfahren. Für Ueberstunden sollen bis 10 Uhr

abends 20 Pf. Zuschlag, bei Nachtarbeit 100 Proz., bei Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bezahlt werden. In gemischten Betrieben soll die alte Arbeitszeit bestehen bleiben.

Diese Vorschläge wurden nach einer ausgedehnten Diskussion und in geheimer Abstimmung mit 288 gegen 200 Stimmen abgelehnt. Als dann die Diskussion über die nun einzuschlagende Taktik einsetzte, wurde der Vorschlag laut, eine zweite Abstimmung in dieser wichtigen Frage des Tarifvertrages vorzunehmen. Der Vertreter der Klebersektion erklärte zur Geschäftsordnung, daß eine Generalversammlung Stellung zu der Frage nehmen müsse; er verlangte, daß den Klebern Gelegenheit gegeben werde, in dieser Frage mitzusprechen, denn die Wichtigkeit der erledigten Tagesordnung hätten viele, die der Versammlung fernblieben, nicht erkannt. Der Antrag, in den nächsten Tagen eine Generalversammlung zur Stellungnahme in der Frage des Tarifvertrages einzuberufen, wurde mit großer Majorität angenommen.

Streik der Handelsgärtnergehilfen.

Die Mehrzahl der in den Handelsgärtnerereien von Groß-Berlin beschäftigten Gehilfen haben am Sonnabend in den Betrieben, die nicht bewilligten, die Arbeit niedergelegt. 8 Tage vorher hatten 48 Gehilfen in der Firma A. Kofschal, Lichtenberg, den Streik begonnen. Insgesamt stehen zurzeit 292 Gehilfen im Streik. Die Forderungen betragen bisher 39 Betriebe mit 138 Gehilfen. Zugang von Gärtnergehilfen fehlt vollständig. Der Verwalter des Arbeitgebervereins hat gerade zu Beginn des Streiks Konkurs gemacht, so daß dort Gehilfen nicht mehr vermittelt werden. Die Gärtnerbesitzer suchen nun mehrfach Hilfe bei einem Arbeitsnachweis in der Jägerstraße. Den von dort geschickten Arbeitern zählt man u. a. in der Firma Günther, Friedrichsfelde, Treßlowallee anstandslos 24 M., also denselben Lohn, den man den gelehrten Gärtnergehilfen nicht zahlen will. Die Gärtnererei Grille, Weihensee, versucht den Betrieb mit Schulfindern aufrecht zu erhalten. In anderen Betrieben tritt jetzt die ganze Familie vom Großvater bis zum jüngsten Ab-Schüler zur Arbeit an. Auch einige Blumen-Geschäftsinhaber arbeiten als Streikbrecher. Alle diese Kräfte können natürlich die Betriebe nicht aufrecht erhalten, so daß bald weitere Bewilligungen kommen müssen.

Von der Spandauer Polizeiverwaltung erhalten wir folgende Zuschrift:

Auf Grund des § 11 des Prechtgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender tatsächlicher Verichtung zum Artikel „Der Streik der Hosenarbeiter bei der Firma Thomas“ in Nr. 81 vom 5. April 1911.

Es ist unrichtig, daß die Zustände in dem Massenquartier von Pohn, Tiefwerder 7a, jeder Beschreibung spottet. Die untergebrachten Personen erhalten nicht Holzspitzen mit Stroh, das zum Teil verkauft ist, sondern Bettstellen mit Strohsack pp. und Decken.

Das Stroh wird ordnungsmäßig aufgestrichelt. Die Bettzüge werden zirkel alle 5 Wochen gewechselt. Nicht 20 Mann, sondern jeder einzelne erhält ein Handtuch, das wöchentlich gewechselt wird. Die Fürsorge der Polizei fehlt nicht, denn das Massenquartier wird sehr häufig bei Tag und bei Nacht revidiert, wodurch auch den Insassen Gelegenheit gegeben wird, bei dem Beamten etwaige Beschwerden anzubringen. Die Polizeiverordnung über das Schlafstellenwesen hängt aus. Es ist unzutreffend, daß streikbrecherlich verfolgte Personen dort sich aufhalten. Name unleserlich.

Wir müssen es unserem Berichterstatter überlassen, sich zu dieser Verichtigung zu äußern.

Deutsches Reich.

Der Streik bei der Schichau-Werft.

Die Werftarbeiterbewegung im Jahre 1910 hatte die Nordsee-Werften umfaßt, und von der Spitze bis in Stettin und Kolbat. Es sind dadurch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur nennenswerter materiell verbessert worden, es ist auch eine Regelung früherer, vollkommen anarchischer Arbeitszustände erreicht und die Anerkennung der Organisation durchgesetzt worden. Diese wichtigen Grundlagen für die ferneren Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse auf den deutschen Seeschiffswerften fehlen für Danzig und Elbing noch vollständig. Die Firma F. Schichau hat als Privatbetrieb zwei Werften, eine in Elbing und eine in Danzig. Die Danziger Zweigniederlassung ist errichtet worden, weil der für den Stapellauf notwendigen Tiefgang in Elbing nicht gegeben werden kann. Daher ist der Betrieb getrennt, daß in Elbing Torpedobote (gleich drehendweise für alle Nationen) hergestellt werden, sowie Kessel, Schiffsmaschinen und Lokomotiven, während in Danzig der Schiffscampbau für größere und größte Handels- und Kriegsfahrzeuge bis zum schwersten Panzerschiff gebaut werden.

Die Danziger Arbeiter haben nun gleich nach Abschluß der großen Werftarbeiterbewegung den Weg zur Organisation gefunden, und sie haben sich um Regelung der Arbeitsverhältnisse mit mehr als hundert Forderungen an die Betriebsleitung gewandt. Diese Forderungen sind im wesentlichen das, was die anderen Werften bereits bewilligt haben: 1/2 Stunden Arbeitszeit, früherer Feierabend an den Tagen vor den großen Feiern, Vorkassezahlung der Ueberstunden, Mindest- und Einstellungslohne, Regelung der Affordarbeit und einige Nebenforderungen.

Ganz besonders die Mindestlöhne sind es, die wegen ihrer niedrigen Höhe Verwunderung erregen dürften. Für 8 Branchen ungelerner Arbeiter werden 30 Pf. Stundenlohn, für 7 Branchen angelernter Arbeiter 33 Pf., für 9 Branchen gelernter Arbeiter 35 Pf. und für zwei qualifizierte Arbeiter 38 Pf., für Kupferschmiede 44 Pf. verlangt. Und um diese Löhne muß gestreift werden.

Das aber bei dem Multi-Millionär Kommerzienrat Jiese und im Jahre 1911! Die Arbeiter der kaiserlichen Werft in Danzig haben längst den Neunstundentag, sie haben um 20—50 Proz. höhere Löhne und sind trotzdem bei den heutigen Lebensverhältnissen, das beweisen die Reichstagsverhandlungen, noch lange nicht auf Rosen gebettet.

Der Streik ist als ein Akt der Verzweiflung der beteiligten Arbeiter anzusehen.

Und wie verhält sich die Firma? Als am Mittwoch eine Versammlung von mehr als 1000 Personen beschloß, die Forderungen durch den Arbeiterausschuß an die Firma einzureichen und um Verhandlungen zu ersuchen, da holte der Betriebsleiter Herr Carlsson, Schwiegersohn des Herrn Jiese, sich 7 Mann zusammen, die nicht in der Versammlung waren, und fragte, ob sie den Ausschuß beauftragt hätten. Das mußte von den sieben Mann verneint werden, worauf Herr Carlsson erklärte, da es eine Unmöglichkeit sei, daß der Arbeiterausschuß beauftragt sei, die Forderungen einzureichen, gebe er diese zurück.

Die Organisationsvertreter hatten sich ebenfalls in einem höflichen Schreiben an die Firma gewandt, haben aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Die Folge war eine zweite, noch besser besuchte Versammlung, die den Streik beschloß. Nur die im Rumpfschiffbau direkt beschäftigten Arbeiter sollten abstimmen. Diese haben mit 661 gegen 3 Stimmen den Streik beschlossen.

Bedeutend für die Situation ist die Teilnahme aller vier Organisationsrichtungen am Streik, freie Gewerkschaften, Kirch-Dundersche, polnische und christliche.

Danzig, 10. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Arbeitseinstellung im Schiffscampbau bei Schichau-Danzig ist vollständig. Zur Kontrolle meldeten sich frühmorgens 773 organisierte Streikende.

Die Lohnbewegung der Damen Schneider in Düsseldorf hat mit einem vollen Erfolge der Arbeiter geendet. Die Forderungen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit — bisher 10 Stunden — und 75 Pfennig Stundenlohn für selbständige Damen Schneider wurden von den Firmen anerkannt. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Der Streik der Maler und Anstreicher in Koblenz hat im Laufe der letzten Woche noch eine weitere Ausdehnung erfahren.

so daß die Arbeit jetzt fast allgemein ruht. Die Unternehmer haben bereits mehrere Verhandlungen abgehalten, ohne daß irgendein Entschluß in die Oeffentlichkeit gelangt wäre. — Die Streikenden, von denen bereits eine Anzahl abgereist ist, sind fest entschlossen, den Kampf mit aller Energie weiterzuführen. Weicht der Zugang wie bisher aus, so werden die Unternehmer unter Führung der einzigen Großfirma am Orte mit circa 90 Gehilfen sich schon noch zu der Ansicht aufzwingen müssen, daß man die Arbeiter auf die Dauer nicht vermissen und zur Beilegung des Streiks doch mit ihnen verhandeln muß. Der Herrenstandpunkt ist bereits jetzt schon den meisten Gehilfen recht teuer zu stehen gekommen.

Beendete Lohnbewegung der Hamburger Straßenbahner.

Wie vor einiger Zeit schon mitgeteilt, sind in den letzten Wochen die Hamburger Straßenbahner in großen Massen der Organisation beigetreten, nachdem die arbeiterloosionsfeindliche Direktion eine Anzahl Verbandsmitglieder auf das Straßenpflaster geworfen hatte. Als in einer einzigen Nachversammlung über 600 Straßenbahner dem Transportarbeiterverband beitraten, versuchte die Direktion es mit dem Zunderbrot, indem sie den Schaffnern, Motorführern und anderen Kategorien eine Zulage von ganzen fünf Mark gewährte und einige Dienststätten beseitigte. Stolz verkündeten die Sachwalter der Aktionäre, daß diese „Verbesserung“ der wirtschaftlichen Lage der Angestellten schon beschlossene Sache gewesen wäre und nicht auf die Straßenbahnerbewegung zurückzuführen sei. Ein starker Bruchteil der Straßenbahner verlangte weitere Zugeständnisse, Freigabe des Koalitionsrechtes usw. Um nun die wirkliche Stimmung der Straßenbahner kennen zu lernen, hatte die Verbandsleitung in der Nacht zum Sonnabend abermals eine Versammlung einberufen, die von 1200 Personen besucht war, während 4000 Angestellte in Betracht kommen. Unter diesen Umständen legte die Verbandsleitung eine Resolution vor, welche ausdrückt, daß jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt sei, den entscheidenden Kampf um die aufgestellten Forderungen aufzunehmen. Nach erregter Debatte wurde die Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Verwaltung erklärte hierauf, daß unter diesen Umständen weitere Schritte in dieser Versammlung nicht getan werden könnten.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma H. Dinkelacker, Schuhfabrik in Sindelfingen (Württemberg) ist ein Streik ausgebrochen. Die Firma verlangte, daß die Arbeiter für die Schuhmachermeister in Stuttgart, wo sich die Arbeiter seit acht Tagen im Ausstand befinden, Streikarbeit anfertigen sollen. Als die Arbeiter das verweigerten, wurde ein Arbeiter sofort entlassen, worauf die anderen die Arbeit sofort niederlegten. Es kommen 30 Personen in Betracht. — Zugang ist streng ferngehalten.

Versammlungen.

Schiffer-Versammlung.

Die politische Aufklärung greift auch unter den Schiffen immer weiter aus. Wie auf allen anderen Erwerbsgebieten, haben auch in der Binnenschifffahrt wirtschaftliche Einflüsse ganz gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Das Großkapital hat die Herrschaft an sich gerissen, der Kleinschiffer ringt schwer um seine Existenz und Polizei und Gesetzgebung tragen noch das ihrige dazu bei, das Erwachen der Schiffer zu beschleunigen, sie für die sozialistischen Ideen empfänglich zu machen. Daran können selbst die „schwimmenden Kirchen“ nichts mehr ändern — der Schiffer sieht ein, daß ihm damit nicht geholfen ist, sondern nur eine wirksame politische Betätigung ihm sein Los erträglicher machen kann.

Wie sehr dies zutrifft, zeigte wieder eine öffentliche Schifferversammlung, die am Sonntag in „Kellers Konzerthaus“ stattfand. Man hätte erwarten können, daß bei dem wunderbaren Frühlingstag der Besuch ein sehr schwacher sein würde. Weit gefehlt. Schon lange, ehe die Versammlung begann, mußten Tische und Stühle entfernt werden und auch dann saßen und standen die Schiffer beängstigend eingepreßt.

Landtagsabgeordneter R. Liebknecht hatte dann ein überaus aufmerksames, dankbares Publikum, als er eingehend und mit gründlicher Sachkenntnis über das Thema: „Schiffahrtsabgaben — Vorkaufrecht — Strafmandate und Polizeischilane“ referierte. Mit scharfen Worten lenkte er die wüste und verlogene Kampfesweise der reaktionären Sippe, und die lebhafteste Zustimmung, die aus der Mitte der Versammlung laut wurde, ließ erkennen, daß Genosse Liebknecht den Schiffen aus dem Herzen sprach. Mit der flammenden Aufforderung, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, um einer wirklich freiheitlichen Entwicklung den Weg zu bahnen, schloß Genosse Liebknecht seine Rede unter dem stürmischen Beifall der Versammlung.

In der Diskussion ergänzte Genosse Schwedler noch das Referat.

Nachdem noch einige Schiffer gesprochen hatten, nahm Otto Weiss das Wort zu einer zündenden Ansprache, die bei den Schiffen begeisterten Anklang fand. Schiffer Grunert brachte folgenden Antrag ein, der auch einstimmig angenommen wurde:

1. Die Versammelten zu befragen, ob sie eventuell gewonnen wären, einer Verbandsvereinigung beizutreten, welche im Sinne des Referenten wirken soll, um allen angeführten jetzigen und ferneren Schilanen energisch entgegenzutreten;
2. wenn ja: eine Kommission zu wählen, welche in den nächsten Tagen zusammentritt, um diese Verbandsvereinigung zu gründen.

Nachdem diese Kommission gewählt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Letzte Nachrichten.

Eine türkische Truppenabteilung vernichtet.

London, 10. April. (B. L. B.) Wie das Reutersche Bureau aus Perim meldet, berichten Eingeborene, die aus dem Innern dort angekommen sind, daß eine türkische Truppenabteilung von 1800 Mann durch eine Kriegerlist ihrer Gegner vernichtet worden sei. Kadri soll vor zwölf Tagen genommen worden sein. Von den dort liegenden drei türkischen Regimenten sollen nur fünfzehn Mann entkommen sein. Nur El Kaig und Sana würden noch von den Türken gehalten.

Deutsche Freiballons in Frankreich.

Toul, 10. April. (B. L. B.) Zwei deutsche Freiballons „Effen“ und „Prinzessin Viktoria“ sind gestern Abend in der Nähe von Toul gelandet. Die Ballons werden nach Saarbrücken verladen, die sieben Insassen der Ballons lehrten heute vormittag nach Deutschland zurück. — Auch in der Nähe von Nancy ist ein mit drei Insassen bemannter deutscher Ballon niedergegangen, dessen Passagiere heute früh wieder abgereist sind.

Großer Brand in München.

München, 10. April. (B. L. B.) Das Großfeuer im bairischen Hof ist das größte Brandunglück, das seit langer Zeit in München zu verzeichnen war. Auf den Großfeueralarm hin eilte aus allen Teilen der Stadt die Feuerwehr herbei, ebenfalls die Sanitätskolonne, Polizei und eine halbe Kompanie des Infanterie-Leibregiments. Der große Promenadenplatz war im Augenblick von einer ungeheuren Menschenmenge dicht besetzt. Die Feuerwehr arbeitete sofort mit 12 Schlauchleitungen an der Bekämpfung der hoch emporschlagenden Flammen. Nach zweistündiger Tätigkeit gelang es, das Feuer zu bewältigen. Der Brandschaden dürfte nach vorläufiger Schätzung 400 000 M. übersteigen. Die Ursache des Brandes ist bis zur Stunde unbekannt. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann verletzt.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins.

Die am Sonntag abgehaltene außerordentliche Generalversammlung nahm Stellung zur Schaffung eines Bezirks-Maisfonds.

Liepmann, der das einleitende Referat hierzu hielt, verwies auf die Gründe, welche den Hamburger Gewerkschaftskongress und den Leipziger Parteitag veranlaßt haben, die Schaffung eines Fonds zur Unterstützung der Raiausgesperrten zu beschließen. Auf Grund dieser Beschlüsse ist ein Fonds zu errichten, zu dem jeder Organisierte Beiträge zu entrichten moralisch verpflichtet ist. Nach den bisherigen Erfahrungen sind in Berlin jährlich rund 100 000 M. an Raiausgesperrte zu zahlen. Die Gewerkschaften haben sich bereit erklärt, in diesem Jahre die Unterstützung noch allein aus eigenen Mitteln zu zahlen, so daß die Mittel des zu bildenden Fonds erst vom nächsten Jahre ab in Anspruch genommen werden brauchen. Der Redner betont, es sei eine ganz falsche Auffassung, wenn geglaubt werde, die Gewerkschaften seien in ihrer Gesamtheit gegen die Raifeier. Man dürfe bezüglich ihrer Stellung zur Raifeier nicht alle Gewerkschaften mit demselben Maß messen. So seien die Berliner Holzarbeiter, die uns schon immer als leuchtendes Beispiel in der Raifeier vorangingen, auch in diesem Jahre ihrer alten Gewohnheit treu geblieben, indem sie beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Den gleichen Beschluß hätten die Stultscheure gefaßt. In der Kommission seien die Vertreter der Gewerkschaften, mit Ausnahme des Vertreters der Buchdrucker, darin einig gewesen, daß die Raifeier in der bisherigen Weise begangen werden müsse. Es sei doch auch selbstverständlich, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo die Reichstagswahlen vor der Tür stehen und alles gegen die Sozialdemokratie rüstet, der ungeeignete Moment sei, über die Raifeier zu diskutieren. Ein Juridisch-unsereierseits würde den Reaktionen Wasser auf ihre Mühlen liefern. Es kann sich also nur darum handeln, daß wir an der Raifeier festhalten. Die Gewerkschaftskommission hat beschlossen, zur Bildung eines Maisfonds Sammelmarken zu 50 und 25 Pf. herauszugeben, wobei von jedem Organisierten erwartet wird, daß er sich an den Sammlungen beteiligt, mit welcher Zahl von Marken bleibt dem freien Willen überlassen. Der Zentralvorstand der Wahlvereine ist diesem Beschluß beigetreten mit der Maßgabe, daß die Parteigenossen und Genossinnen moralisch verpflichtet sind, Sammelmarken im Betrage von nicht unter 1 M. für Männer und nicht unter 50 Pf. für Frauen zu entnehmen. Die vorige Generalversammlung hat diese Angelegenheit den Bezirken zur Beratung überwiesen. Das Ergebnis der Beratungen war, daß sich die Kreise (von Zeltow-Beeslow liegt das Resultat noch nicht vor) mit erheblicher Mehrheit für die Vorschläge erklärt haben und zwar teils für den Antrag des Zentralvorstandes, teils für den Beschluß der Gewerkschaften. Der Unterschied zwischen beiden ist der, ob die moralische Beitragspflicht bis zu 50 und 25 Pf., oder bis zu 1 M. und 50 Pf. gehen soll. Die Generalversammlung werde nicht anders können, als den in der Hauptsache übereinstimmenden Beschlüssen der Gewerkschaften und des Zentralvorstandes beizutreten. Es sei selbstverständlich, daß die am 1. Mai Feiern den zur Zahlung nicht verpflichtet sind. Einigkeit herrsche darüber, daß der Fonds geschaffen und an der Raifeier nicht gerüttelt werden solle. Es würde nun das Beste sein, wenn dem Vorschlage des Zentralvorstandes ohne lange Diskussion zugestimmt würde.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen mehrere Anträge vor. Riederbarnim beantragt, daß die ertverlosenen weiblichen Mitglieder vom Beitrage zu befreien sind.

Ein Antrag des Wahlvereins Friedenauer verlangt in erster Linie, daß jeder, der am 1. Mai arbeitet, seinen vollen Tagesverdienst dem Fonds zu überweisen hat. Falls dies abgelehnt wird, soll aus dem Antrage des Zentralvorstandes das Wort „moralisch“ gestrichen werden. Das heißt, die Beitragsleistung von 1 M. und 50 Pf. soll unbedingt zur Pflicht gemacht werden.

Außer diesen Anträgen liegt noch eine Resolution vor, die sich grundsätzlich für die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt. Euler (Friedenauer) und Garvin (Rantow) befürworten die Annahme des Friedenauer Antrages.

Frau Friedländer wendet sich gegen den Antrag Riederbarnim. Wir müßten die Frauen dazu erziehen, daß sie sich als vollkommen Gleichberechtigte fühlen. Hausfrauen, die keine Erwerbsarbeit ausüben, könnten nicht als ertverlosene angesehen werden, denn die Hausarbeit sei ebenfalls eine Arbeit, die der Mann bezahle müße, wenn sie nicht von der Frau gemacht werde. Es gäbe keinen Grund für die Befreiung der Hausfrauen von den Beiträgen.

Genet verweist darauf, daß die Arbeiterschaft durch Opfer groß und mächtig geworden sei. Wir dürfen deshalb auch in diesem Jahre kein Opfer scheuen. Die Beitragspflicht müsse obligatorisch sein und auch die Feiernenden müßten Beiträge leisten, wenn nicht die Raifeier herabwürdigend werden sollte. Riederbarnim trat im allgemeinen für die Raifeier ein. Basse betonte, daß der Antrag des Zentralvorstandes aus reiflicher Erwägung entstanden sei. Es habe keinen Zweck, weitergehende Beschlüsse zu fassen, die voraussichtlich nicht gehalten würden. Die Forderungen des Antrages Friedenauer würden nicht die Zustimmung der Gewerkschaften finden. Die Generalversammlung würde der Raifeier den besten Dienst erweisen, wenn sie dem Antrage des Zentralvorstandes ohne weitere Diskussion zustimmt.

Ein Schlußantrag wurde hierauf angenommen. Nach einem kurzen Schlußwort Liepmann wurde der Friedenauer Antrag in seinen beiden Teilen abgelehnt.

Angenommen wurde der Antrag des Zentralvorstandes, der schon der vorigen Generalversammlung vorlag. Er lautet: „Die Vorstände der Berliner Gewerkschaften haben in ihrer Sitzung vom 21. Februar beschlossen:

Zur Bildung eines Maisfonds wird vom 1. Mai ab eine allgemeine freiwillige Sammlung vorgenommen, zu welcher Marken im Werte von 50 und 25 Pf. herausgegeben werden. Diese Marken sind durch die Vertrauensleute der einzelnen Organisationen abzugeben und unterliegt es dem freien Willen jedes einzelnen Abnehmers, mit welcher Anzahl Marken er zum Maisfonds beizutreten will. Es wird jedoch von jedem Organisierten, gleichgültig ob Mann oder Frau, erwartet, daß er sich an der Sammlung zum Maisfonds beteiligt.

Der Zentralvorstand des Verbandes schloß sich dieser Deklaration an mit der Maßgabe, daß die Parteigenossen und Genossinnen moralisch verpflichtet sind, Sammelmarken im Betrage von nicht unter 1 M. für Männer und nicht unter 50 Pf. für Frauen zu entnehmen.

Angenommen wurde auch der Antrag Riederbarnim: „Erwerblosene weibliche Mitglieder sind vom Beitrage befreit.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung betrifft die Schaffung einer Montagsausgabe des „Vorwärts“.

Auch diese Angelegenheit ist in der vorigen Generalversammlung schon besprochen worden. Dort hatte der Vertreter der Pressekommision, gestützt auf eine detaillierte Kostenberechnung, nachgewiesen, daß die Herausgabe eines am Montagmorgen erscheinenden Blattes einen Kostenaufwand von 190 480 M. erfordern und nur dann durchführbar sein würde, wenn der Abonnementspreis von 1,10 M. auf 1,20 M. monatlich erhöht würde. Die vorige Generalversammlung hatte den Kreisen die Entscheidung darüber überwiesen, ob ein Montagsblatt bei gleichzeitiger Erhöhung des Abonnementspreises herausgegeben werden soll.

Nachdem Ernst in der gegenwärtigen Generalversammlung einige einleitende Worte in dieser Angelegenheit gesagt hatte, nahm Sassen das Wort. In einer längeren Rede führte er aus, die Zahlen, welche der Berechnung der Pressekommision zugrunde gelegt sind, seien nicht zutreffend. Um den Parteigenossen die Herausgabe eines Montagsblattes zu verdeutlichen, seien die Kosten viel zu hoch angesetzt worden. Der Redner stellt eine Berechnung auf und kommt zu dem Ergebnis, daß das Montagsblatt nur 65 840 M. kosten würde. Die Herausgabe lasse sich ohne Erhöhung des Abonnementspreises ermöglichen, die Abonnentenzahl würde sich vermehren und die Ueberschüsse würden auf der jetzigen Höhe bleiben.

Richard Fischer bemerkte dazu: Wenn die Zahlenangaben des Vorredners richtig wären, dann müßte die Geschäftsleitung des „Vorwärts“, die den Kostenschlag für die Pressekommision aufgestellt hat, entweder nicht rechnen können, oder die Absicht haben, die Parteigenossen irrezuführen. In beiden Fällen würde die Geschäftsleitung verdienen, ihres Amtes entsetzt zu werden. Die Geschäftsleitung habe ihre Berechnung mit größter Sorgfalt aufgestellt. Der Redner geht auf die vom Vorredner aufgemachte Rechnung ein und führt aus, daß sie von ganz irrigen Voraussetzungen ausgehe. Wenn der Generalversammlung zugemutet würde, zu entscheiden, ob die Berechnung der Geschäftsleitung oder die des Genossen Sassen richtig sei, dann würde wohl jeder, der es mit seinem Urteil ernst meint, eine solche Zumutung ablehnen. Wenn die Generalversammlung eine Nachprüfung der Berechnung für notwendig halte, dann könnte sie nur die Sache an eine Kommission verweisen. Die Berechnung der Geschäftsleitung sei auf gewissenhaftere Grundlätze aufgestellt und in die Öffentlichkeit gebracht mit dem Bewußtsein, daß sie einer Nachprüfung standhalten könne. Der Vorredner habe gesagt, der „Vorwärts“ sei bezüglich der Erscheinungsweise das rückständigste Blatt Berlins. Das sei richtig vom Standpunkt des Bourgeois, aber falsch vom Standpunkt eines Sozialdemokraten. Wir seien doch Gegner der Sonntagsarbeit. Es sei zu bedauern,

daß sich die Buchdrucker, verführt durch die höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit, dazu bereit erklärt haben, den Zeitungen Sonntagsarbeit zu leisten. Aber wir als Sozialdemokraten müßten uns gegen die Sonntagsarbeit wehren so lange wir können.

Nachdem noch zwei Redner für ein Montagsblatt eingetreten waren, wurde ein Schlußantrag angenommen.

Der Antrag auf Herausgabe eines Montagsblattes unter Erhöhung des Abonnements auf 1,20 M. wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung: Partei- und Verbandsangelegenheiten

begründete Eduard Bernstein namens der sozialdemokratischen Stadtverordneten Schönebergs folgende Resolution:

Die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung erklärt es für an der Zeit, daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins zu dem Geschehen über den Zweverband Groß-Berlin Stellung nimmt und ersucht die Redaktion des „Vorwärts“, der Bevölkerung Berlins und seiner Vororte eindringlich klar zu machen, welche großen Interessen durch die Vorlage in Frage gestellt sind.

Zur Begründung der Resolution sagte Bernstein unter anderem: Die große Tragweite des Zweverbandesgeschäftes sei vielen nicht bewußt. Wenn das Gesetz zustande käme, so wäre es verhängnisvoll für unser Wirken auf kommunalem Gebiet. Das Gesetz werde im wesentlichen die Wirkung haben, der Regierung diese Millionen zuzuschlagen, daß sie nicht alle Wälder um Berlin bebauen läßt. Besonders verwerflich sei die im Gesetzentwurf vorgezeichnete dreimal gefiehte Vertretung, durch die Gemeinde gegen Gemeinde ausgespielt und die Regierung zum Herrn von Berlin gemacht werde. Gegen diesen niederträchtigen Vertretungsmodus müßten wir unsere Stimmen erheben und eine aus direkten allgemeinen Wahlen hervorgehende Vertretung fordern.

Sinke hält es für befremdend, daß Bernstein diese Frage hier zur Debatte stellt, anstatt sich damit an den Ausschuß der Gemeindevertreter zu wenden, in dem ja auch die Schöneberger Genossen einen Vertreter haben. Eine Gemeindevertreterkonferenz habe sich ja bereits mit der Frage des Zweverbandes befaßt. Es sei nichts dagegen einzuwenden, wenn die Frage noch weiter erörtert werde. Richtig ablehnen könnten wir den Zweverband nicht, weil die gegenwärtigen Zustände unhaltbar seien.

Nachdem sich Ernst und Hoffmann in ähnlichem Sinne zu der Angelegenheit geäußert hatten, wurde die Resolution im Einverständnis Bernsteins dem Ausschuß der Gemeindevertreter Groß-Berlins überwiesen.

19. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Leipzig, 8. April 1911.

Sechster Verhandlungstag.

Zur Arbeitslosenunterstützung werden folgende Änderungen beschlossen:

Arbeitslosenunterstützung erhalten nur Mitglieder, welche wegen Mangels an Arbeit oder ungünstiger Witterung arbeitslos wurden und solche, die das Arbeitsverhältnis wegen Krankheit lösen mußten, aber nach Beendigung der Krankheit aus genannten Gründen keine Arbeit finden. Mitglieder welche vom Ausland übertritten, sind erst nach einjähriger Mitgliedschaft und Zahlung von 40 Wochenbeiträgen zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung berechtigt.

Das Recht auf nicht erhobene Arbeitslosenunterstützung erlischt in 14 Tagen.

Eine Debatte fand über einen Antrag statt, der besagte, daß alljährlich Gaukonferenzen stattfinden sollten, auf denen die Gauleiter Bericht über ihre Tätigkeit geben sollten. Auch soll die Wahl der Gauleiter auf den Gaukonferenzen vorgenommen werden, um das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder zu wahren. Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet und der Antrag abgelehnt. — Gaukonferenzen sollen stattfinden, wenn die Notwendigkeit der Abhaltung vom Vorstand anerkannt wird, und nach wie vor trägt der Zentralvorstand die Kosten dafür. Die Gauleiter werden auch in Zukunft vom Vorstand ange stellt. — Laue-Leipzig regt an, daß die auf der Reise befindlichen Mitglieder mehr auf die Herbergen der freien Gewerkschaften aufmerksam gemacht werden. — Ueber zwei Anträge, von denen der eine die Verschmelzung mit dem deutschen Bauarbeiterverband wollte, der andere die Abfassung einer Broschüre und die danach erfolgende Urabstimmung über eine Verschmelzung, wurde fast einstimmig zur Tagesordnung übergegangen. — Der Sitz des Verbandes bleibt Hamburg.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Dienerinnen“, Lustspiel von Hermann Wahr. Die Komödie hat bereits ein ziemliches Alter und verdankt die Ehre einer Wiederaufgrabung wohl dem Erfolge des Wahrischen Konzerts und der damit einsehenden Aufsteigerung des Romans. Keine Mühe war gescheut. Eine geschmackvoll elegante Ausstattung und ein flottes, auch in der Durchführung der Wiener Tonart gut abgestimmtes Spiel wirkten zusammen, um all die Nuancen des witzigen Salonstückes ins hellste Licht zu rufen. Doch sind die Pointen allzu ausschließlich solche der Konversation, um eine stärkere Lustspielstimmung auszulösen. Statt daß sich eine zusammenhängende Folge von Situationen mit humoristischen Uebersetzungen entwickelt, wird immerfort geplauscht, hört man von Anfang bis zu Ende immer nur den Autor mit seinem Mäouneur, dem frischen, laustisch schlagfertigen Architekten Joseph Ulrich, über den Snobismus postrender Solondamen und Löwen sich lustig machen. Daß dieser geradgewachsene Mann, der sich das richtige Augenmaß für die Verächtlichkeit vornehm-mäßig-gängertischen Parasitentums bewahrt, — selbst blind verliebt um eine Schönheit dieses Kreises anhält, und dann, kaum verheiratet, erkennen muß, wie recht er doch mit seiner Regel hatte, ist ein Motiv voll seiner Komik. Wahr streift es freilich nur ganz oberhin. Statt die Ironie nun gegen den Ironiker zu lehren, den Philosophen zappeln in der selbst gelegten Sänlinge dem Gelächter preiszugeben, läßt er ihn weiter als den Uebersetzten figurieren. Ulrich iprenzt den Salon der Frau Gemahlin durch eine große Rede, und spinnt in seinem Herzen allerhand weitausschauende Erziehungspläne für das holde Wesen aus. Im Schlußakt gibts ohne jeden Uebergang eine Verschönerungsszene zwischen ihr und ihm. Sie befreit sich vielleicht noch und der kluge Mann behält am Ende recht.

Aus dem guten Ensemble traten am markantesten Herr Eugen Burg in der Hauptrolle und Erich Siegel in der Epifodenfigur eines angehumelten Salon-Schönredners hervor.

Freie Volkstheater (im Thalia-Theater): „Moral“, Komödie von Ludwig Thoma. Das ist einmal wieder ein gesundes Stück, ein kräftiger Griff in das Leben und Treiben der „Gewappelten“ und „Gebroteten“, die sich die „Vornehmen“, die „Gesellschaft“ heißen! Diese Gesellschaft hat natürlich immer zweierlei „Moral“-Bestrebungen. Durch frömmelnde Brüder- und Sittlichkeitsvereine ist man stets emsiglich bemüht, die unterste Volkstasse sittlich zu „heben“ — um desto ausgeprägter im Geheimen seinen Lasten frönen zu können. Thoma reißt rücksichtslos den Schleier von dieser ganzen Sippe weg und zeigt sie nicht nur in aller ihrer Gänze

und Schein heiligkeit, sondern auch in ihrem verwerflichen Gebahren und Tun. Im Staat von heute sind das natürlich feststehende und immer sich wiederholende Erscheinungen. Die antischen Behörden — mit Einschluß der hochblühlichen Polizei! — arbeiten ausschließlich im Interesse der „Gesellschaft“. Sie wachen über die sogenannte „öffentliche“ Moral und beschirmen die im Schoß der „honetten“ Gesellschaft gepflegte Unmoral. Wehe, wenn das ganze Lügengebäude über den Haufen fällt! Nur das nicht! Sonst sähe das „Volk“, dem unter allen Umständen die Religion und die Tugend erhalten werden müssen, von wieviel Verworfenheit und Laisterhaftigkeit es regiert wird. Ludwig Thoma nimmt aber kein Blatt vor den Mund, wenn er diese scheinheilige und verlogene Sippigkeit schildert. Wir sehen nun die Stützen von Thron und Altar in aller ihrer Erdarmlichkeit vor uns stehen. Da hilft kein Ueberkleistern des Sumpfes mit Taufensmarkesteinen. Der lachende Spott des Dichters überzieht den Drei mit äyender Saug. Und die Zuschauer verstanden ihn und schüttelten sich vor Lachen. Es ist aber auch ein seltener Genuß, Zeuge dieser Aufführung zu sein. Fritz Witte-Bild hat hier etwas Außerordentliches zustande gebracht. Die Darsteller, fast ohne Ausnahme, wirken hier im einzelnen und ganzen mit einem Behagen, dem meisterliche Charakterleistungen entströmen.

Musik.

Die Aufführung der Komödie „Die letzten Tage von Pompeji“ in der Berliner Volksoper war fast noch lehrreicher, als es die dortigen Darbietungen sonst sind. Herrn Direktor Alfieris Theater wird gleichsam zu einem musikalisch-historischen Seminar, das uns die verschiedensten Stile usw. zeigt.

Im Jahre 1884 erschien von dem englischen Dichter Bulwer der vielgelesene Roman „Die letzten Tage von Pompeji“. 1842 kam R. Wagner nach des gleichen Autors Roman „Rienzi“ bearbeitete gleichnamige Oper. Von 1891 an feierte der international-deutsche Komponist Meyerbeer († 1864) seine bekannten Triumphe der „großen“ Oper. 1871 wurde zuairo beim großen Weltwundermarkt der Suezkanalfest der „Aida“ vom Verdi aufgeführt, mit unerhörter „Ehrtheit“. Nach vierzig Jahren, in denen eine neue tonkünstlerische Welt geschaffen worden ist, kommt 1911 die „große tragische Oper in 5 Akten“ von R. Ontow, dem Bulwerschen Pompejiroman im Titel gleich, im Inhalt nachgebildet.

Es ist jammerschade, daß dies nicht zwischen 1884 und 1871 geschähe. Eine Ausstattungsober, wie man sie sich kaum prunkender, eine Orchesterbehandlung, wie man sie sich kaum aufregender denken kann! Freilich, die Textbearbeitung besitz so gar nichts, auch nur von dem Handwerk der — sagen wir: tragischen Poesie der Meyerbeer-Texte. Diesmal gibts einen Liebeswitz zwischen einem athenischen Christen und einem pompejanisch-ägyptischen Hohenpriester um dessen Bündel Jone; und nachdem Epifoden eines Blumen-

mädchens und dergleichen für die Fünzfzahl der Alte geforgt haben, überläßt sich der Besu. . .

Der Komponist, ein Königsberger, hat, am meisten wohl von Meyerbeer, eine reiche Behandlung der Orchesterfarben gelernt und verwendet sie „fid“, wie die Musiker — oder „passos“, wie die Maler sagen. Er besitz auch über den Schein des heißen dramatischen Atems; er fängt auch hier und da modern an. Kurz, er hat alles Zeug, um den großen Schein des Echten zu geben. Und am Schluß packt er uns sogar mit etwas Echem.

Den übermäßigen Aufgaben, die die neue Oper an den Kapellmeister und ans Orchester, an die Generie und ganz besonders an die Sänger stellt, wurde die kleine Bühne in hohem Maße gerecht. Was leistete da nicht Helene Eggeling als Jone — wir würden sie gern öfter und würdiger beschäftigt sehen. Regie und Ausstattung könnten manchmal noch klarer wirken.

Notizen.

Das unglückliche Museum. Im Kaiser-Friedrich-Museum hängt eine gute alte Kopie von Corregios entzückendem (im malerischen Sinne natürlich) mythologischen Gemälde Jo, das die Verführung dieser Schönen durch den himmlischen Schwärmer Jupiter in Gestalt einer schmieglamen Wolke darstellt. Das Bild stammt aus einer freieren Zeit, als es die heutige ist, und obwohl es in keiner Weise ein gesundes Empfinden verlegt, atmet es feinste Sinnlichkeit. Dieses Bild hat seine Geschichte, ein bigotter schwedischer Prinz ließ den Kopf — die Seele des Bildes — herausschneiden. Der Kopf ist dann zweimal erneuert worden. Friedrich II. erwarb das Bild, und die preussische Respektabilität, Orthodogie und Imperspektivität hat es bisher am öffentlichen Orte gebildet. Und erst die preussische Polizei hat das getan, was — wunderlicherweise — bisher unterblieben war. Sie hat die im Auftrage des Museums hergestellten Kopisten mit der Abbildung der Jo beschlagnahmt. Da die Polizei sicher am besten weiß, was sich schick, wird nun konsequenterweise auch das Bild selbst schweigend sekretiert (d. h. der Öffentlichkeit entzogen) werden müssen. Jagow sollte überhaupt die ganzen Museen mal durch ein paar Schulleute revidieren und Reugierige warnen lassen.

Für 20 Mill. Frank Bilder. Der am vergangenen Freitag in Paris verstorbene Dr. Hermann, orientalische Graf und Kunstsammler de Camponde hat seine Gemäldesammlung, die einen Wert von 20 Millionen Frank haben soll, der französischen Regierung hinterlassen unter der einzigen Bedingung, daß die Gemälde (alle!) dem Louvre, dem nationalen Kunstmuseum, einverleibt würden. — Selbstverständlich kann sich ein Museum von der Bedeutung des Louvre nicht von einem Proben vorschreiben lassen, welche Bilder es aufnehmen soll.

Die Wahl des Vorstandes ging diesmal nicht so glatt vonstatten, da Schrader, der bisherige Vorsitzende, Rücktrittsgedanken äußerte. Die Generalversammlung war jedoch nicht geneigt, darauf einzugehen, und so wurde der gesamte Vorstand, in verschiedenen Wahlgängen, einstimmig wiedergewählt, ebenso Bringmann als Redakteur. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Berlin und wurde Kube als Vorsitzender wiedergewählt. — Unter Verschiedenes wurde, einem Vorschlage des 2. Vorsitzenden Ede gemäß, das Gehalt der Lokalbeamten mit dem der Gauleiter gleichgestellt. Der Beschluß erfolgte mit 58 gegen 34 Stimmen. — Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wurde ein Antrag, der will, daß Mitgliedern, die 20 Jahre und länger im Verbands ihre Pflicht erfüllt haben, im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine Altersunterstützung von 6 M. pro Monat gewährt wird. — Der Vorstand soll beraten und der nächsten Generalversammlung Bericht erstatten, inwiefern der Antrag durchführbar ist. — Die Einführung einer Sterbunterstützung wird abgelehnt. — Die Herausgabe einer Broschüre im Sinne der von Bringmann in Bremen gehaltenen Vorträge über den gewerblichen Tarifvertrag und der von der Generalversammlung zum Tarifwesen gefassten Beschlüsse wurden ebenfalls dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. — Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt und Genosse Schrader schloß dieselbe mit einem warmen Appell, die ganze Kraft für die Durchführung der Beschlüsse, ganz besonders der Ggtrbeiträge, einzusetzen.

Aus der Partei.

Einberufung des italienischen Parteitag.
Aus Rom wird uns geschrieben: In seiner Plenarsitzung hat der Parteivorstand beschlossen, die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung einem Parteitag zu unterbreiten, dessen Einberufung so schnell als möglich stattfinden soll. Dem Organisationsrat entsprechend wäre der nächste Parteitag erst im Jahre 1912 fällig. Wie bekannt, sollte in Modena am 12. Mai eine Art Parteitag mit beschränkter Vertretung zusammenkommen, um die Fragen zu erledigen, die in Mailand liegen geblieben waren. Nun hatten verschiedene Parteisektionen den Wunsch ausgesprochen, die Frage des Ministerialismus vor diesen Kongress zu bringen, und demgemäß hatte die revolutionäre Fraktion daraufhin für die Delegiertenwahlen ein Verfahren gefordert, das die Widerheitsvertretung ermöglichte. Unter diesen Umständen hat es der Parteivorstand ganz richtigweise für zweckmäßiger gehalten, einen regelrechten allgemeinen Parteitag einzuberufen. Durch diesen Beschluß wird der Parteivorstand in die Zwangslage gesetzt, eine wichtige Parteiangelegenheit, die in Modena beraten werden sollte, auf eigene Faust zu entscheiden, nämlich die Ueberführung des „Avanti“ nach Mailand. Die ungünstige Finanzlage des „Avanti“ soll, wie es heißt, diesen Schritt notwendig machen. Man hofft, daß das Zentralorgan durch Ueberführung in ein Zentrum der Arbeiterbewegung an Bedeutung und finanziellen Erfolge gewinnen werde.

Nach langer und heftiger Diskussion hat am 7. dieses Monats die römische Parteisektion, bei der Vissolati organisiert ist, ihr Votum über den Fall Vissolati abgegeben. Mit 150 gegen 45 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß Vissolatis Vorgehen im Widerspruch zu den Grundsätzen des Sozialismus stehe. Die Diskussion war in jeder Hinsicht tief und eingehend und enthielt eine so klare und scharfe Darlegung der sozialistischen Prinzipien, wie man sie in den letzten Jahren in Rom selten gehört hat.

Ein Zentralbildungsausschuss

für die Wahlkreise der Agitationsbezirke Frankfurt a. M. und die benachbarten hessischen Wahlkreise soll vom Herbst dieses Jahres ab in Frankfurt a. M. eingerichtet werden. Das Frankfurter Gewerkschaftskartell hat für den Ausschuss ein Regulativ beschlossen, das gemeinsame Veranstaltungen von Lehrkursen, Theatervorstellungen, Musikaufführungen, Einrichtungen von Bibliotheken und Unterstützung der Jugendbewegung vorsieht. Die Parteiorganisation jedes Wahlkreises hat pro Kopf und Jahr 10 Pf. Zuschuß zu dem neuen Ausschuss zu leisten.

Sozialistische Blindenliteratur.

Soeben ist „Die Neue Zeit“, Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, 2. Jahrgang Nr. 4 erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Frauenfrage und Sozialismus. Von Remo. Maxim Gorki: Was ist Ehe? Österglöden. Von Rud. Lavant. Zwei Gräber. Von Marie v. Ebner-Eschenbach. Aus der Gegenwart. Blindentafeln. In der Sonderbeilage gelangt fortlaufend „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie“ von Kautsky und Schönlanst, zum Abdruck. Der Abonnementspreis

der Zeitschrift beträgt bei sechsmonatiger Erscheinung jährlich 3,60 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Die Parteigenossen werden gebeten, alle ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen. Bestellungen und Anfragen sind an A. Wendi, Berlin N. 39, Sprengelstr. 1, zu richten. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern ist nur durch die angegebene Adresse zu beziehen.

Personalien. Als Lokal- und Feuilletonredakteur des Karlsruher „Volkstreu“ wurde an Stelle des ausscheidenden Genossen Weigmann Genosse Eugen Kirchpfeffig gewählt. Kirchpfeffig war zuletzt als Parlamentsberichterstatter der „Münchener Post“ tätig.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Breßprozeße.
Vor der Gärlicher Strafkammer fand die Verurteilung der Beamtenbeschuldigungsfälle unseres dortigen Parteiblattes statt. In einem Gerichtsverhandlungsbericht war irrtümlicherweise der Vorwurf der Bestechung, der einen Fabrikanten und einen Eisenbahnbeamten treffen sollte, der Eisenbahnverwaltung gemacht; der Redakteur wurde deswegen zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, die hiergegen eingelegte Berufung jetzt verworfen. Wegen Verleumdung eines Untersuchungsrichters aus Steele (Westfalen) und eines Kriminalbeamten aus Lipine (Oberschlesien) wurde der Redakteur der „Gazeta Robotnica“, Emil Caspari, von der Strafkammer des Landgerichts Weuthen zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Vom Schiffahrtsstrust.

Der internationale Vertrag, der zwischen den Schiffahrtsgesellschaften besteht, muß erneuert werden. Es wurden schon vor einiger Zeit Verhandlungen darüber in Adin gepflogen. Wie sich jetzt herausstellt, sind diese Verhandlungen resultatlos verlaufen und alles, was erreicht wurde, war eine Vertagung der Beratungen auf drei Monate. Während dieser Zeit soll alles beim alten bleiben. Es liegen nun zwei neue Fragen vor. Erstens ist eine neue Schiffahrtslinie entstanden, die dem Verkehr zwischen Europa und Kanada dienen soll und von der Canadian-Pacific-Bahn geschaffen worden ist. Die Konkurrenz, die von dieser Seite droht, ist insofern dem bestehenden Truist gefährlich, als die Gesellschaft eine Kombination zwischen Bahn- und Schiffsrachten vornehmen kann. Passagiere und Güter, die ihre Schiffe benutzen werden, können auf der Bahn ins Innere Kanadas billiger befördert werden als solche, die mit fremden Schiffen nach Kanada kommen. Darauf pocht, will die Gesellschaft dem internationalen Truist nur dann beitreten, wenn ihr eine sehr hohe „Beteiligung“ zugesichert wird. Zweitens ist der alte Streit entbrannt wegen der englischen Cunardlinie. Diese hat sich lange Zeit gestraubt, dem internationalen Truist beizutreten. Jetzt tadelt der Streit darum, ob und wie die Preise für Zwischenfahrten differenziert werden sollen, je nach Art, Alter, Größe, Schnelligkeit und Ausstattung der Schiffe. Die Cunardlinie, die über ein außerwähltes Schiffsmaterial verfügt, stellt hier besondere Bedingungen.

Bei dieser Lage der Dinge ist eine Erneuerung des Vertrages fraglich geworden, und es kann sehr leicht zu einem Kampfe kommen, bei dem die Gesellschaften sich gegenseitig unterbieten.

Die deutschen Gesellschaften, Dapag und Lloyd, tragen eine große Zurechnung zur Schau. Das ist freilich erklärlich. Das Hauptgeschäft ist der Transport der Zwischenpassagiere, und dieser glauben die beiden deutschen Gesellschaften unter allen Umständen sicher zu sein. Es haben ja die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner bei der dritten Lesung des Staats im Reichstage von neuem bewiesen, daß die Auswanderer, die deutsche Bahnen benutzen, nicht die freie Wahl haben, über welchen Hafen und mit welchem Schiffe sie reisen wollen. Vielmehr helfen die preußischen Behörden den Agenten der beiden Schiffahrtsgesellschaften, die den Passagierverkehr zwischen Hamburg resp. Bremen und Amerika vermitteln, die Leute dazu zu pressen, daß sie Schiffarten der Dapag oder des Lloyd kaufen. Weigern sie sich, so werden sie auf den Kontrollstationen solange isoliert, bis sie einwilligen, oder aber sie werden zurück an die Grenze geschafft. Auf diese Erpresserpraxis, die ihnen die preußischen Behörden ermöglichen, bauen also die Gesellschaften: selbst wenn die Reise über Antwerpen oder Rotterdam billiger sein würde infolge der Konkurrenz, hofft man die Auswanderer aus Rußland und Oesterreich für die deutschen Linien pressen zu können.

Um so dringender wird es, daß mit dieser schandbaren Praxis gebrochen wird.

Norddeutscher Lloyd.

In der heutigen ordentlichen Generalversammlung des Norddeutschen Lloyd in Bremen führte der Vorsitzende des Aufsichtsrates Ges. Plate im Anschluß an den Jahresbericht über das laufende Geschäftsjahr folgendes aus:

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres ist die Geschäftslage im wesentlichen die gleiche geblieben, wie sie in unserem Geschäftsbericht geschildert ist. Unter dem Einfluß der unsicheren Lage in den Vereinigten Staaten zeigt die Auswanderung von den nördlichen Häfen noch immer einen erheblichen Abfall gegen das vorige Jahr, obgleich sie im März bereits eine erfreuliche Zunahme gegen die beiden vorhergehenden Monate ergab. Das Geschäft von den südlichen Häfen ist besser gewesen als im vorigen Jahre. Der Verkauf der sogenannten Prepaid-Fahrtarten ist, wenn auch nicht ganz so stark als im Frühjahr, doch durchaus befriedigend, was auf ein lebhafteres Geschäft im Laufe des Jahres hindeuten dürfte. Allerdings wird viel davon abhängen, ob sich die kürzlich zwischen dem atlantischen Geschäft beteiligten Reedereien bis Ende Juni verlängerte Vereinbarung, die ein freundschaftliches Zusammengehen der verschiedenen Linien ermöglicht, für längere Zeit sicherstellen läßt. Zurzeit bestehen in dieser Beziehung noch gewisse Schwierigkeiten, deren Ueberwindung bei allseitig gutem Willen gelingen sollte. Die Aussichten für das Kajütengeschäft sind nach den uns vorliegenden Berichten unserer Vertreter in Amerika als gut zu bezeichnen. Im Frachtverkehr sind ausgehend von den übrigen Linien keine nennenswerten Veränderungen eingetreten; die Ergebnisse sind durchaus zufriedenstellend. Nach Genehmigung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustkonto wurde dem Aufsichtsrat und Vorstände Entlohnung erteilt. Die turnusmäßig aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Generalkonjunkt Dr. v. Schwabach, Dr. Jordan und Caspar G. Kulenkampff wurden durch Jurist einstimmig wiedergewählt. Nach Auslosung der Serien 42 und 62 der Anleihe von 1883, Serie 2 von 1886, Serie 28 von 1894, Serie 43 von 1901 sowie Serie 31 von 1902 wurde die Versammlung geschlossen.

Stettiner „Vulkan“.

In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Stettiner Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“ legte der Vorstand die Jahresrechnung pro 1910 vor. Es wird der auf den 23. Mai nach Stettin einzuberufenden Generalversammlung eine Dividende von 11 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr vorgeschlagen werden.

Aus der Frauenbewegung.

Städtischer Dienstbotenmarkt.

Der städtische Arbeitsnachweis in Meddinghausen ist auf den Gedanken gekommen, den Herrschaften den Bezug von Dienstboten zu erleichtern, indem er zweimal in der Woche, des Diensttags und Freitagmorgens, von 8—10 Uhr einen Besindmarkt abhält. Dort erscheinen die stellensuchenden Mädchen, um sich von der Herrschaft ausmütern zu lassen. Ist das Handgeld angenommen... dann gibts nach der preußischen Besindordnung kein Zurück mehr aus der Hausflaverst.

Für das Frauenstimmrecht.

Die Agitation für das Frauenstimmrecht hat in der jüngsten Zeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Reihe von guten Erfolgen zu verzeichnen. Was früher in Jahren nicht erreicht wurde, eine Abstimmung über das Frauenwahlrecht in einem Staate herbeizuführen, gelingt jetzt Schlag auf Schlag, wenn auch die positiven Erfolge noch nicht hervortreten. Im Jahre 1911, also in drei Monaten, haben, wie wir kürzlich erst berichteten, in Iowa, Michigan und Montana, Abstimmungen in den Staatsparlamenten stattgefunden, die als gute Vorarbeiten für ein Frauenwahlrecht zu betrachten sind. Dagegen waren die Abstimmungen in den Staatsparlamenten von Kalifornien, Kansas und Oregon so günstig, daß eine Volksabstimmung darüber stattfinden wird, ob das Wort vom „männlichen“ Wähler aus der Verfassung dieser Staaten zu streichen sei und nur vom Wähler (Schreibin, ob männlich oder weiblich, fernherhin zu reden wäre. Zu diesen letztgenannten drei Staaten ist neuerdings noch Nevada getreten, wo ebenfalls eine Volksabstimmung über die Frage des Frauenwahlrechts entscheiden soll. Kürzlich hat auch der Staatssenat von Illinois sich für ein Frauenwahlrecht erklärt. Unter diesen Umständen ist zu erwarten, daß zu den fünf Staaten, die das Frauenwahlrecht erlangen haben, nämlich Idaho, Utah, Wyoming, Colorado und Washington, noch einige weitere im Laufe dieses Jahres zu zählen sein werden. Freilich haben die Frauen bei einer solchen Volksabstimmung eine schwere Probe zu bestehen, denn es sind die Männer allein, die an der Volksabstimmung teilnehmen. In Kalifornien zum Beispiel ist die Volksabstimmung schon zweimal gegen das Frauenwahlrecht ausgefallen. Bei der günstigen Abstimmung in den Parlamenten rechnen die „Staatsmänner“ manchmal damit, daß bei der Volksabstimmung die Vorlage fallen wird; sie selbst aber möchten nicht die Vorkürs der Frauen auf sich laden und stimmen dafür, obgleich sie wirkliche Freunde der Vorlage nicht sind.

Lesecabende.

Potsdam. Die Frauenabteilung des Wahlvereins hält am heutigen Dienstag ihren Lesecabend bei Wilhelm ab. Vortrag des Genossen F. Krüger über „Konsumgenossenschaften“.

Geschäfts-Eröffnung

heute Dienstag, den 11. April, vormittags 10 Uhr

Stettiner Butterhalle, Berlin N., Invalidenstr. 123, direkt am Stettiner Bahnhof.

Spezialgeschäft feinsten Molkereibutter

Wurstwaren, in- und ausländischer Käse, Eier, Tafelmargarine und diverser Lebensmittel.

Meine billigsten Tagespreise sind für allerfeinste

Molkerei-Butter a Pfund 132 und 124 Pf. Hausmarke, ganz vorzügliche Tischbutter a Pfund 115 Pf.

Ganz vorzügliche Land-Eier, goldfrisch . a Stück 4 1/2 Pf.		Hochfeines Berliner Bratenschmalz, a Pfund 53 Pf.	
Echt Emmenthaler Schweizerkäse . a Pfd. 110 Pf.	Harzer Käse . . . 5 Stück 10 Pf.	Salamiwurst . . . a Pfd. 110 Pf.	Speck, fetter . . . a Pfd. 64 Pf.
do. Bayerischer . a Pfd. 88 Pf.	Romatour Stück 28 Pf.	Teewurst a Pfd. 100 Pf.	Speck, mager . . . a Pfd. 74 Pf.
Tilsiter, extra prima u. vollfett, Pfd. 68 Pf.	Camembert Stück 18 Pf.	Rotwurst a Pfd. 48 Pf.	Schinkenspeck, sehr mager, Pfd. 90 Pf.
	Noch. Cervelatwurst a Pfd. 110 Pf.	Zwiebelwurst . . a Pfd. 48 Pf.	Delikates-Schinken (Maus-schinken) Pfd. 115 Pf.
Milch, vollfett a Liter 17 Pf.		Landbrot, ca. 4 Pfund Stück 40 Pf.	
Marmelade a Pfd. 25 Pf.	Kunsthonig a Pfd. 28 Pf.	Pflaumenmus a Pfd. 22 Pf.	

Als ganz besonderen Tafelbutter-Ersatz empfehle ich meine Spezialmarken Tafelmargarine: ff. extrafein a Pfund 90 Pf. x ff. extra a Pfd. 80 Pf.

Jeder Käufer erhält an den Eröffnungstagen Dienstag, ein nützliches Geschenk gratis Mittwoch und Donnerstag beim Einkauf von Mark 1.50



Leineweber

Geschäftshaus ersten Ranges für Herren- und Knaben-Kleidung
 gegenüber der Breite Strasse C, Köllnischer Fischmarkt 4-5-6 gegenüber der Breite Strasse

Meine in eigenen Betriebswerkstätten hergestellte

Schüler-Kleidung

ist preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit

Anzüge ■ Ulster ■ Paletots

8 10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 M.

Moderner Schnitt ■ Grosse Auswahl ■ Vorzügliche Passform

Sonntag, den 9. April, von 8-10 und 12-6 Uhr geöffnet.

1 Mark

wöchentliche
 Teilzahlungen
 liefererelegant,
 fertige
**Herren-
 Garderoben**
 macht für Mann
 anfertigt, n. Mass
 tadellos, Ausfüh-
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter
 Strasse 37, II
 Eingang Straus-
 burger Platz
 II. Geschäft:
 Turmstr. 18
 nur erste Etage,
 kein Laden

Dollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur
 Gesundheits- u. Krankenpflege,
 Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
 Berlin N., Rothvinger Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen.
 Eigene Werkstatt.

Syphilis-Nachweis

In allen frisch u. veraltet, zweifelhafte,
 Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung.
 sofort; desgl. Gumm- (spez. auf Go-
 orrhoe-Jäden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,
 Friedrichstr. 189, im Kronen- und
 Strohentische, I. 8724. Perf. Röntgen-
 bild. u. folient. Geöffnet von 8-8
 Sonntags von 12-1.

Mahlsdorf. R von 6 M. an.
 20 Bf. Fabrik.
J. Rieger, Contorist. 5.

Unsere Jungen



tragen
 nur Kleidung
 von

R. M. Maassen

G. m. b. H.

Berlin S · Oranien-Platz

Größte Auswahl in
 Mädchen- Mänteln
 und Kleidern

2 Spezial-Angebote

Knaben-Anzug
 „Eitel“

aus reinwollenem marines Cheviot
 mit Waschgarnitur und
 Abzeichen, ganz gefüt.,
 für 3 Jahre M. 7.-

Knaben-Pyjack
 „Fredy“

aus kräftigem blauen Cheviot
 mit Abzeichen und ge-
 füttert, für 3 Jahre M. 4.50

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Nixdorf. Bekanntmachung.

Gemäß § 67 des Kassensatzes
 bringen wir hierdurch zur öffentlichen
 Kenntnis, daß in den Wahl-Ver-
 sammlungen der Kassendelegierten
 a) aus den Reihen der Mitglieder
 Herr **Max Pölicke**
 b) aus den Reihen der Arbeitgeber
 Herr **Bruno Fiedler**
 zu Mitgliedern des Vorstandes ge-
 wählt worden sind.

Die Neuwahlen sind durch Aus-
 scheidern der Herren
Biester und Tesmer
 erforderlich gewesen. 278/17

Nixdorf, den 8. April 1911.
Der Kassenvorstand.
 Schulte, Vorsitzende,
 Robert Walter, Schriftführer.

Monats-Garderobe!

Die besten Sommer-Paletots
 und 3-400 getragene Knägel für
 Herren, Smoking-Anzüge, Frack-
 anzüge, sowie von Kavaliere ge-
 tragene, fast neue Sachen, für
 jede Figur passend, in größter Aus-
 wahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
 1 Treppe, deshalb billiger wie im
 Laden. 54/13
Hirsch Kieferbaum, Wasserfor-
straße 12/13 I

11 Spezial-Geschäfte

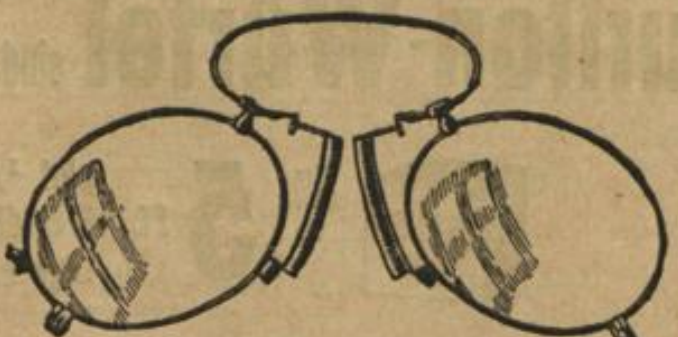
Optiker Ruhnke

11 Spezial-Geschäfte

- Oranien-Straße 44
 an Oranien-Platz.
- Friedrich-Str. 190
 an der Kronen-Straße.
- Brunnen-Str. 12
 nahe Invaliden-Straße.
- Link-Straße 1
 an der Potsdamer Straße.
- Am Alexander-Platz
 neben Aschinger.
- Chaussee-Str. 72
 nahe Müller-Straße.

Meine Garantie

Jeder von mir bezogene
 Artikel, der den Anforde-
 rungen des Kunden nicht
 voll entspricht, wird an-
 sichtslos umgetauscht
 oder der volle Betrag wird
 dafür zurückerstattet. Ich
 führe keinen Artikel nur
 deswegen, weil er billig
 ist, sondern nur solche
 Ware wird in meinen
 Geschäften verkauft, die
 gleichzeitig durch gute
 Qualität eine Empfeh-
 lung für mich bildet.



Elektro-Double-Kneifer
 Original amerikanisches Modell mit
 meinen Optal-Gläsern M. 3.50

Augen- Untersuchung

In meinen 11 Ge-
 schäften wird die
 Untersuchung
 kostenlos mit großer
 Sorgfalt in eigens
 dazu eingerichteten
 Räumen vorgenom-
 men. Ich garantiere
 für passende Gläser.

Optal-Gläser
 pro Paar M. 1.50

Turm-Straße 47
 an der Emdener Straße.

Karl-Straße 8
 an der Luisen-Straße.

Spittelmarkt
 Ecke Wall-Straße.

Charlottenburg:

Tautenzien-Str. 19
 Ecke Nürnberger Straße.

Wilmsdorfer Str. 48
 an der Schiller-Straße.

Partei-Angelegenheiten.

Trebbin. Am Freitag, den 14. April 1911, nachmittags 4 Uhr, im Schützenhaus: Wahlvereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kasienangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Stadtverordnetenwahl und Vorschläge des Kandidaten. 3. Parteiangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Das Rauchen in Versammlungen und Zusammenkünften

wird von den Besuchern und Rednern recht unangenehm empfunden. Verräucherte Luft erschwert dem Redner das Sprechen, stellt auch an die Hörer größere Anforderungen, als wenn die Worte des Redners durch reine Luft an das Ohr der Zuhörer gelangen können. Schlimmer als auf die Person des Redners wirkt die verqualmte Luft auf die Besucher. Viele sind im Kampfe ums Brot, durch lange Arbeitszeit und schlechte Ernährung zermürbt, die Lungen sind angegriffen. Sie haben aber die Energie und die Ueberzeugung, nur in gemeinschaftlicher Besprechung mit Klaffengenossen ihre Lage zu verbessern oder ihr Teil zur Erringung politischer Rechte und Freiheiten beizutragen oder aber sich weiterzubilden. Auf diese Versammlungsbesucher wirkt veräucherte Luft wie Gift und schädigt ihre erschütterte Gesundheit nur noch mehr. Vor allem empfinden Nichtraucher den Tabaksqualm als eine starke Belästigung. In den letzten Jahren ist es infolge der Aenderung der Vereinsgesetzgebung auch den Frauen gestattet, Mitglieder politischer Vereine zu sein. Sollen die Frauen aufgeklärt werden, müssen auch sie in die Versammlungen und Zusammenkünfte kommen. Aber Frauen sind Nichtraucher. Gerade sie empfinden es als eine Pein, einige Stunden in verqualmter Luft zubringen zu müssen. Durch das Rauchen in Versammlungen und Zusammenkünften wird den Frauen der Versammlungsbesuch direkt verleidet, weil viele von ihnen diesen Besuch an anderen Tagen mit Unbehagen und Kopfschmerz bezahen müssen.

Nun hat sich ja die Ueberzeugung von der Schädlichkeit des Rauchens in Versammlungen und Zusammenkünften immer mehr Bahn gebrochen. Und wer die heutigen Versammlungen vergleicht mit denen, die vor 15 und 20 Jahren stattfanden und die teilweise so verqualmt waren, daß man „mit dem Säbel kaum durchhauen“ konnte, der wird zugeben, daß auf diesem Gebiete vieles besser geworden ist. Es ist schon üblich geworden, daß Versammlungsleiter vor Beginn einer Versammlung auffordern, das Rauchen einzustellen, auch in einer Reihe von Zusammenkünften bemühen sich die Leiter, das Rauchen für den Abend zu unterdrücken. Auch bei Versammlungen kann man eine erhebliche Einschränkung des Rauchens während der Vorträge beobachten. Aber es bleibt doch manches zu tun übrig. Mit vollem Recht wird streng darauf geachtet, daß in den Zusammenkünften der Jugendlichen nicht geraucht werden darf, gerade in Rücksicht auf die schädliche Wirkung des Rauchens auf den jugendlichen Organismus. Verräucherte Luft schadet aber nicht nur den Jugendlichen, sondern auch den Erwachsenen und zwar besonders schwer den Schwächlichen, Kränklichen und nicht zuletzt den Frauen.

Wir haben alle den Wunsch, daß die gekroffenen Veranstaltungen von recht vielen Teilnehmern besucht werden und Tag für Tag wird zum „zahlreichen Erscheinen“ aufgefordert. Dann aber erwächst auch die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß der Aufenthalt in den Versammlungsräumen nicht erschwert wird. Das geschieht aber, wenn in Versammlungen und Zusammenkünften geraucht wird. Es sollte sich in Zukunft jeder Raucher, so schwer es auch manchem fallen mag, daran gewöhnen, in Versammlungen das Rauchen zu unterlassen. Uns sind Zuschriften zugegangen, in denen ein striktes Rauchverbot verlangt wird. Wer wollen im Augenblick über die Zweckmäßigkeit eines solchen Verbots nicht reden. Aber berechtigt ist die Forderung, das Rauchen während der Tagung von Versammlung zu unterlassen. Damit wird allen Versammlungsbesuchern, den Rednern und nicht zuletzt auch dem Versammlungsbesuch selber nur genügt.

Von der Landschaft der Mark Brandenburg.

Wenn der Frühling wieder stetig seinen Einzug gehalten hat, wenn alle Wintersqual vorbei, dann wandern auch unsere Genossen nach altem, löblichen Brauch hinaus aus des Fabriksaals drückender Enge, aus Handwerks- und Gewerbeständen, in die freie Natur, um die ihnen auch so kurz zugemessenen Freistunden in Sonnenschein und Waldesgrün zu genießen. Besonders die Jugend soll und muß jede freie Stunde benutzen, ihre Lungen mit frischer Luft zu füllen, ihren Blick an all dem Schönen zu sättigen, das uns die Natur in unserer Mark Brandenburg bietet. Fehlen ihr auch die Vergesstriefen, die tiefen Schluchten, die rauschenden Wildbäche, so zeigt sie doch dem aufmerksamen Seer und Wälder und dem prächtigen Farbenspiel der vom Abendrot bestrahlten Kiefern, auch gewaltige Spuren einer längst verlassenen Zeitepoche, wie sie selbst das Hochgebirge nicht groharter aufweist. Die jugendlichen, welche die Reste jener Vorgänge verstehen und dabei die jetzige Schönheit der Mark in Bild und Wort kennen lernen wollen, werden hingewiesen auf den am Donnerstag, den 13. April, abends 8 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 58, stattfindenden Vortrag des Herrn Volle: „Die geologische Gestaltung der Mark Brandenburg und ihre Landschaft“. Alle jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge sind vom Jugendausschuß hierzu freundlichst eingeladen.

Die Abteilungslisten für die im 4. Berliner Landtagswahlbezirk notwendig gewordene Abgeordnetenerwahl liegen nur noch heute von 5 bis 8 Uhr abends in der Turnhalle der 23. Gemeindeschule in der Wilmsstraße 10 zur Einsicht öffentlich aus.

Etwasige Einsprüche gegen die Abteilungsabteilung können sofort an Ort und Stelle bei dem anwesenden Beamten angebracht werden.

Die Post an Opa. Die Sonntagsruhe bei der Post wird an den großen Festtagen bekanntlich zum Teil aufgehoben. In den einzelnen Oberpostdirektionsbezirken werden jedesmal besondere Maßnahmen getroffen. Für die bevorstehenden Ostertage hat die Oberpostdirektion Berlin folgende außerordentliche Bestimmungen in Aussicht genommen. Je eine Paketbestellung findet am Karfreitag und am Ostermontag vormittags statt. Am Ostermontag findet außerdem statt einer einmaligen eine zweimalige Briefbestellung vor-

mittags statt. Auch Geld wird ausnahmsweise an diesem Tage einmal vormittags bestellt.

Die Armenverwaltung beschäftigte sich außerhalb der Tagesordnung mit der Frage, ob es zulässig sei, über die Verhandlungen der Direktion Mitteilungen in die Presse gelangen zu lassen. Anlaß hierzu war der Umstand, daß ein bürgerliches Mitglied in einer medizinischen Zeitschrift eine kurze, harmlose Notiz über die in der Armenverwaltung erfolgte Erörterung der freien Arztwahl für erkrankte Arme veröffentlichte. Darin glaubte ein anderes Mitglied eine Instruktion zu erblicken. Es fanden sich in der Deputation auch Mitglieder, welche rund und nett forderten, daß über die Verhandlungen nichts in die Öffentlichkeit gebracht werden dürfe. Was zu berichten wäre, hätte durch das Nachrichtenamt zu geschehen. Unser Genosse Hinge und andere Mitglieder bekämpften diese Ansicht mit dem Erfolg, daß von einer Beschlusfassung abgesehen wurde.

Dann beschäftigte sich die Direktion mit der Entsendung von Pfinglingen aus dem Asyl für Obdachlose nach Gnadenhof, Hoffnungsstiel und Lobetal, der letzten Pastor Bodelschwinghschen Gründung. Die Stadt Berlin leistet hier bekanntlich erhebliche Zuschüsse. Neben freier Pergabe von Grund und Boden wird für 150 Pfinglinge pro Tag 70 Pf. gewährt; ist der Ueberwiesene arbeitsfähig, so kommt er nach Hoffnungsstiel, ist dies nicht der Fall, so wird er nach Gnadenhof überwiesen und hat alsdann die Armenverwaltung ein Pflegegeld von 21 M. pro Monat zu zahlen. Insgesamt hat Berlin an diese zweifelhafte Gründung über 40 000 M. jährlich zu leisten. Durch unsere Genossen wurde darauf hingewiesen, daß die Behandlung der Pfinglinge eine außerordentlich harte sei und viele sehr zufrieden seien, wenn sie die gastlichen Räume so schnell als möglich wieder verlassen könnten; dies ist natürlich nicht so leicht, denn nach der Arbeitsordnung sind die Ueberwiesenen verpflichtet, auf die Dauer von drei Monaten den Anstalten ihre Tätigkeit gegen ein Entgelt von 15-50 Pf. pro Tag zu widmen, für die ersten 14 Tage gibt es den „fürstlichen“ Lohn von 50 Pf. pro Woche; aber zur Auszahlung gelangt auch dieser Betrag erst, wenn der Pfingling nach drei Monaten sein Verhältnis ordnungsmäßig gelöst und gelündigt hat. Zu einer Beschlusfassung kam es nicht, da der Vorliegende Herr Stadtrat Kalisch mitteilte, daß der Magistrat eine Kommission eingesetzt habe, welche sich mit einer eventuellen Lösung des Vertrages zu beschäftigen habe.

Es soll abgewartet werden, was aus deren Beratung herauspringt.

Zu lebhaften Debatten kam es dann wegen Entsendung von armen Kindern in Heim- und Heilstätten. Der jetzige Leiter der Armenverwaltung ist bemüht, durch papierne Erlasse eine Einschränkung der Entsendung herbeizuführen. Zur Debatte standen namentlich zwei Verfügungen an die Armenkommission und Armenärzte, in denen diesen dringend ans Herz gelegt wird, nur in allerdringenden Fällen die Fortsendung zu beantragen. Die bewilligten 300 000 M., hieß es, müssen ab sofort ausreichen und zu diesem Zweck sei eine weitere Siebung der Gesuche nötig.

Von unserer Seite und auch von anderer Seite wurde diese Ansicht bekämpft. So lange die Gesundheitsanweisung bestiehe, müsse danach verfahren werden und es seien, ohne Rücksicht auf die vorhandenen Mittel, diejenigen Kinder den Heimstätten zu überweisen, für welche der Armenarzt die Notwendigkeit bescheinigt habe. Wegen einer strengen Kontrolle an sich sei nichts einzuwenden. Von anderer Seite wurde die schon hundertmal widerlegte Behauptung aufgestellt, daß es sich nur um eine Wohltat und keine Pflicht der Stadt handle.

Ein Antrag, eine Kommission zur weiteren Beratung der Frage einzuladen, wurde abgelehnt.

Es wird in Zukunft bei der Entsendung von Kindern mit großer Strenge geprüft werden.

Samt Abend der Proletarierkinder

erzählen alljährlich die Berichte über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins. Der Bericht für das Schuljahr 1909/10, den der Schularzt Sanitätsrat Dr. Paul Meyer zusammengestellt hat, ist kürzlich von der Schuldeputation veröffentlicht worden. Seine Zahlentabellen reden wieder eine erschütternde Sprache.

In 1909/10 wurden die Schulärzte von bisher 44 auf 50 vermehrt, so daß nun bei überhaupt 223 759 Gemeindeschulkindern jeden Arzt durchschnittlich 4475 Kinder (im Minimum 3201, im Maximum 5419) zugewiesen waren. Diese Zahlen sind günstiger als im Vorjahr, aber auch so ist das Arbeitsfeld des einzelnen Schularztes noch immer viel zu groß. Immer wieder zeigt das Bedenkliche dieses Zustandes sich schon bei der Untersuchung der sechsjährigen Schulkinder, die der Arzt auf ihre Schulfähigkeit prüfen soll. Diesmal waren 84 522 Schulanfänger zu untersuchen, das macht im Durchschnitt 894 pro Arzt, für jedes Halbjahr durchschnittlich 842. Die Untersuchungen drängen sich auf wenige Wochen zusammen, da kann man sich denken, welcher Grad von Sorgfalt einem Schularzt gegenüber einer solchen Schaar möglich ist.

Schulunfähigkeit wegen körperlicher oder geistiger Entwicklungsstörungen ergab sich bei 3024 Kindern, die daher vom Schulbesuch bis auf weiteres noch zurückgestellt werden mußten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schulkinder ist die dreifache des 87, Prozent etwas geringer als in den beiden vorhergehenden Jahren, aber auch diese Ziffer ist noch erschreckend hoch. Es scheint übrigens, daß bei den Schulärzten die Meinung, ein Kind zurückzustellen, eine gewisse Einschränkung erfahren hat. Der Grund, aus dem sie mitunter ein noch schwächeres Kind lieber doch der Schule zuführen zu sollen glauben, kennzeichnet die soziale Lage der Arbeiterklasse. Der Bericht sagt hierüber: „Bei der Zurückstellung der Kinder hat der Schularzt sehr häufig zu kämpfen mit dem Widerstand der Eltern, die ihr Kind möglichst bald in der Schule untergebracht wissen wollen entweder, um von der häuslichen Abwesenheit entlastet zu werden oder, weil sie fürchten, daß das Kind später nicht zeitig genug in das Erwerbsleben eintreten kann. Sehr häufig ist aber selbst bei körperlich schwachen Kindern für den Schularzt die Entscheidung schwer, weil vielfach bei sehr ungunstigen häuslichen Verhältnissen trotz der geistigen Anforderungen und dem Zwange zum Stillstehen in der Schule die Schädlichkeiten der Schule doch noch geringer sind als im Elternhause; vielmehr werden dem Kinde nimmere unter der Obhut der Lehrkräfte und Schulärzte hygienische Vorteile, wie Beobachtung der Reinlichkeit, Schulpeinigung usw. geboten, die im Elternhause ihm nicht zuteil werden.“ Somit kann gerade nach Verlassen schwersten Zustandes der Arbeiterklasse, nach Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit und schlimmster Lebensmittelpreuerung die hierdurch bedingte Verschlechterung des Gesundheitszustandes vieler Arbeiterkinder zu einer Milderung der Zurückstellungen vom Schulbesuch führen.

In den 3024 Kindern, die in 1909/10 als noch schulunfähig zurückgestellt wurden, kamen 3361 andere, deren Gesundheitszustand gleichfalls zu Bedenken Anlaß gab. Diese wurden zwar, wie die gesundheitlich einwandfrei befundenen Kinder, zum Schulbesuch zugelassen, aber von den Schulärzten bis auf weiteres in besondere Ueberwachung genommen. 3361 Kinder unter 14 Jahren, das sind 24,1 Prozent, fast ein Viertel aller Schulkinder. Aus der Gesamtzahl der Schulkinder wurden nur acht Zwölftel als einigermaßen einwandfrei befunden, während drei Zwölftel in besondere Ueberwachung genommen und ein Zwölftel bis auf weiteres zurückgestellt werden mußten. Die Zahl aller in Ueberwachung befindlichen Gemeindeschulinder Berlins stieg in 1909/10 auf 45 179, reichlich ein Fünftel aller Gemeindeschulinder Berlins. Das zeigt, wie überaus notwendig die Ueberwachung der Schulkinder durch Ärzte ist, ein Fortschritt, den der Berliner Stadtschulrat durch unsere Genossen im Rathaus erst nach langem und zähem Kampfe hat abringen lassen.

Eine wahrhaft entsetzliche Fülle von Kinderleiden spricht aus den Angaben der einzelnen Krankheiten, die eine Ueberwachung oder die Zurückstellung ratam erscheinen liehen. Bei den Zurückstellungen steht an der Spitze immer wieder der ungenügende Kräftezustand, diesem allein mit 1233 Fällen von überhaupt 3024. Dazu kamen 382 Fälle von Rachitis, 148 von Strophulose, 66 von Knochentuberkulose, 130 von Lungentuberkulose, 115 von sonstigen Lungenerkrankungen, ferner 137 Fälle von Nervenleiden, weiter eine erhebliche Zahl von Herzleiden, Nierenleiden, von Nasen-, Nachen-, Augen-, Ohrenleiden, von Sprachstörungen, von Wirbelsäulenverkrümmungen, Brustleiden usw. usw. Auch bei den 3361 in Ueberwachung genommenen Schulkindern stand an der Spitze der ungenügende Kräftezustand mit 1100 Fällen. Besonders zahlreich waren hier auch Nasen- und Nachenleiden (962), Augenleiden (905), Ohrenleiden (741), ferner Wirbelsäulenverkrümmungen (711), Brustschäden (455), weiter auch Rachitis (449), Strophulose (510), Knochentuberkulose (83), Lungentuberkulose (302), sonstige Lungenerkrankungen (215), Herzleiden (508) usw. usw. Das sind, wie gesagt, die Kinder im Alter von sechs Jahren oder wenig darüber. Unter allen 45 179 in Ueberwachung befindlichen Gemeindeschulkindern waren 7246 mit ungenügendem Kräftezustand, 1470 mit Rachitis, 2170 mit Strophulose, 486 mit Knochentuberkulose, 1771 mit Lungentuberkulose, 1021 mit sonstigen Lungenerkrankungen usw. usw. Wichtig ist die Mitwirkung des Arztes auch für die Schwahefähigen. Als geistig mindertüchtig wurden zurückgestellt 380 Kinder, wurden in Ueberwachung genommen 336 Kinder und waren im Berichtsjahre überhaupt in Ueberwachung 1087 Kinder.

Auf andere Einzelheiten dieses neuesten Schulartzberichts denken wir bei Gelegenheit noch einzugehen.

Die umfangreichen Bauarbeiten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend in der Rittergutsstraße in Lichtenberg gehen ihrer Vollendung entgegen. Ueberall sind noch fleißige Hände an der Arbeit, um das große Werk der Berliner Arbeiterkassette seiner endgültigen Zweckbestimmung zuzuführen. Zwar sind die Hochbauten fertig, aber es muß doch da und dort noch der letzte Schliff gegeben werden. Die Wohnhäuser sind schon in Benutzung genommen. Die Kontorräumlichkeiten sind vor einigen Tagen vom Schönen Weg nach dem eigenen Heim verlegt worden. Seit einigen Tagen hat die Bäckerei ihren Betrieb aufgenommen. Ausgerüstet mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ist die Bäckerei in der Lage, auch den größten Anforderungen gerecht werden zu können. Das Produkt kann sich sowohl was Qualität und Quantität anbetrifft, mit jeder Konkurrenz messen. In den ersten Tagen des Betriebs ließ sich, wie das naturgemäß ist, nicht sofort feststellen, in welchem Umfange die Nachfrage nach dem eigenen Produkt sein würde. Diese war aber erfreulicherweise so groß, daß einige Verkaufsstellen nicht besorgt werden konnten. Natürlich ist dem nunmehr abgeholfen, und so dürfte gerade die Bäckerei der Konsumgenossenschaft die besten Aussichten für die Zukunft eröffnen.

Wenn die große Anlage in ihren Einzelheiten vollkommen fertiggestellt ist, hat die Verwaltung die Absicht, den Mitgliedern der Genossenschaft Gelegenheit zur Beschäftigung zu geben. Auch wir behalten uns vor, dann eine eingehende Darstellung über die gesamten Einrichtungen der Konsumgenossenschaft zu bringen. Jeder, der die Anlage sieht, wird erfreut sein, daß es auf dem Gebiete des Konsumvereinswesens in Berlin kräftig vorwärts geht, und wir wünschen, daß die Bewegung sich weiter günstig entwickelt. Das kann geschehen durch den Beitritt neuer Mitglieder in die Genossenschaft, außerdem aber auch dadurch, daß die bisherigen Mitglieder mehr als bisher ihren Bedarf aus den Verkaufsstellen entnehmen.

Nachträgliche Kirchensteuerveranlagungen für das Jahr 1910 verfenbet jetzt in größerem Umfange der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Stadtkirche. Es wird offenbar alles mögliche versucht, um wenigstens einen kleinen Teil der seinerzeit bei der Synodalverwaltung durch mehrere Beamte untergeschlagenen Mietfsummen wieder einzuholen. Ob es überhaupt zulässig ist, nach Ablauf eines Steuerjahres für dasselbe zu verlangen und die Kirchensteuer einzufordern, kann bezweifelt werden. Uns wird von einem solchen am 6. April d. J. „zugestellt“, das heißt einfach durch den Briefpost geworfenen Veranlagungsschreiben Mitteilung gemacht, in dem die Kirchensteuer für einen folgendermaßen gar nicht existierenden Zeitraum, nämlich für den 1. April 1911 bis 30. Dezember 1910, verlangt wird von jemandem, der bereits im Jahre 1909 aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten ist. Vermutlich hat die Synodalverwaltung von den Kirchenaustritten des Jahres 1909 sehr verspätet Kenntnis erhalten und nun beillt sie sich, den Ausgeschiedenen noch nachträglich die Kirchensteuer bis zum Schluß des auf den Austritt folgenden Jahres abzuhöpfen, wozu leider ein gesetzliches Recht besteht. Dann muß man aber wenigstens verlangen, daß das Veranlagungsschreiben mit den richtigen Daten ausgefüllt wird. Im vorliegenden Falle trägt es sogar noch eine verstümmelte Adresse. Die „Zustellung“ durch den Briefpost in Abwesenheit des Empfängers ist also in mehrfacher Beziehung ungültig. Selbstverständlich ist gegen diese Viebelichkeit Einspruch erhoben worden.

In der Automobilstraße Döberitz—Reues Palais—Potsdam hat jetzt die Gemeinde Bornim 16 000 M. und Bornstedt 6000 M. als Kostenbeitrag bewilligt, nachdem vom Landrat eine eventuelle noch höhere Zwangsbeitsetzung für diese „Kreischaulsee“ in Aussicht gestellt war. Vom Hofmarschallamt soll ein Beitrag von 60 000 M. in Aussicht stehen. Die Gesamtkosten dieser Straße sind auf 330 000 M. festgesetzt. Mit dem Bau bei Bornim und Bornstedt ist bereits begonnen. Bei Redlich werden die beiden Habelbrücken verbreitert, um so den Anschluß dieser 30 Meter breiten Straße nach Döberitz herzustellen. Im ganzen Kreise ist man erstaunt, mit welcher Schnelligkeit diese Automobil-„Kreischaulsee“ im Projekt entstanden ist und ausgeführt wird, obwohl der Kreisrat in diesen Tagen erst den Bau beschließen soll. Bemerkenswert ist, daß beide Gemeinden bei der Bewilligung ihres Zuschusses ihre Gemeindevorsteher ersucht haben, bei der Bankleitung vorstellig zu werden, daß neben den zahlreichen ausländischen Arbeitern auch solche aus der dortigen Gegend zugelassen werden. Man hat diesem Wunsche entsprochen. So wird also diese für den Privatverkehr Wilhelms II. bestimmte Straße nur zum Teil von Ausländern aus Kreis- und Gemeindegeldern hergestellt, wenn es nicht doch noch den einflussreichen Automobilbesitzern gelingt, diese Prachtstraße für den gesamten Automobilverkehr freigebekommen. Welchen Vorteil die Gemeinden allerdings von dieser Straße haben sollen — ein solcher ist ihnen bei Bewilligung des Zuschusses in Aussicht gestellt —, kann man selbst dort nicht einsehen.

Von der Schusswaffe machte in der letzten Nacht der Kriminalbeamte Jantowski in der Eibinger Straße Gebrauch und verletzte den Arbeiter Wollig am Bein, so daß dieser ins Stroh-Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Kriminalbeamte gibt an, von mehreren jungen Burschen überfallen und verletzt worden zu sein. In der Notwehr habe er den Revolver gezogen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntag, nachmittags gegen 8 1/2 Uhr vor dem Hause Alt Moabit 53. Dort spielte das sechsjährige Töchterchen Volte Gabler, die Tochter eines

Portiers aus der Jagdwirt. 43, mit mehreren Altersgefährten. Im Eifer des Spiels ließ die Kleine über den Damm, wurde jedoch von dem Motorwagen 2054 der Linie 14 erfasst und kam so unglücklich zu Fall, daß sie mit dem Kopf und dem Oberkörper unter den Schutzrahmen geriet. Mit Hilfe mitgeführter Binden und mehrerer Passanten wurde der Motorwagen angehoben und das Kind aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Die Hülfe kam jedoch zu spät. Bald nach seiner Einkieferung in die Unfallstation in der Erasmusstraße verstarb das Mädchen infolge eines Schädel- und Genickbruchs. Die Leiche wurde nach der elterlichen Wohnung übergeführt.

Festgenommen worden sind vier Personen, die beschuldigt werden, den Einbruchsdiebstahl bei der Expeditionsfirma Jakob u. Valentin verübt zu haben.

Ein Einbruch wurde gestern nacht in der Straße Müllerstr. 3a des Schuhwarenkaufes H. Veiter Raab, verübt. Die Diebstahl durch die Hinterlässe eingebrochen und haben den diebstahlreichen Geldschrank geknackt. Bei dieser Gelegenheit stahlen ihnen 4000 M. in bar in die Hände. Außerdem stahlen sie einen großen Posten Schuhwaren, deren Wert sich noch nicht schätzen läßt.

Konzert der Philo'schen Chöre. Trotz des sonnigen Sonntagswetters war der große Musiksaal in der Brauerei Friedrichshagen gegendig voll zuhören, um dem von drei Arbeiter-Sängerkörnern („Männerchor Ost“, „Sängerkor Weidling“, „Männergesangsverein Kamenlos“) veranstalteten Vokal- und Instrumentalkonzert anzuhören. Der 300 Mann starke Chor vollbringt respektable Leistungen. Chormeister Emil Thilo hält auf deutliche Aussprache, Präzision und rhythmische Kraft. Rühlich kam Haydn's „Ständchen“; lobende Dramatik durchführte Uthmann's „Heiliges Feuer“, Weber's „Wilde Jagd“ und Regars Alpenchor. Kammerleiter Franz Kallweit, der sich so oft er gerufen wird, immer gern den künstlerischen Anforderungen der Berliner Arbeiterchöre zur Verfügung stellt, gab herrliche Liedervorträge. Beeindruckend „Abelaide“, Mendelssohn-Bartolde's „Auf Flügeln des Gesanges“, zumal Arie und Rezitativ aus Haydn's Oratorium: „Die Schöpfung“ wurden hinreichend schön gesungen. Auch eine Liedkomposition des Chorleiters („Herzliche Bitte“) mit interessanter Begleitung fiel angenehm auf. Der beliebteste Sänger mußte sich zu einer Zugabe verstehen. Großen Beifall erzielte auch Herr Konzertmeister Julius Thörnberg vom Philharmonischen Orchester, der in Vertretung des plötzlich erkrankten Professors Dessau erschienen war. Thörnberg ist ein ganz hervorragender Geiger, der in Wienawski's Variationen über ein russisches Volkslied und in Sarasate's „Jigunenweisen“ seine bravouröse Technik, aber auch seine edle, leuchtvolle Vortragskunst zu bewundernswürdiger Geltung brachte. Das „Neue Konzerts-Orchester“ unter Direktion Franz Hüllers leitete das Gesangsprogramm stimmungsvoll ein durch Stücke aus Opern von Wagner, Rossini, Reinecke und beschloß es durch Otto Nicolais Overture zur Oper „Lustige Weiber“, während Weber's „Aufzorderung zum Tanz“ hinüberleitete zu dem nunmehr einsetzenden Vergnügen der Jugend.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe Charlottenburgs. Charlottenburg beabsichtigt durch Ordsstatut die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe zu erweitern. Nach dem der Stadtverordnetenversammlung zur Zustimmung zugegangenen Ordsstatutentwurf dürfen in offenen Verkaufsstellen Geschäfte, Leihbibliothek und Arbeiter an Sonn- und Festtagen im Sommer (1. Mai bis 30. September) nur von 8-10 Uhr vormittags, im Winter (1. Oktober bis 30. April) nur von 12-3 Uhr mittags beschäftigt werden. Diese Einschränkung soll auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln — wozu auch Tabak und Zigarren rechnen — sowie auf den mit Blumen keine Anwendung finden, für diese soll die bisherige Verkaufszeit bestehen bleiben. Beschäftigungszeiten und Ausnahmen sind die gleichen wie in dem Berliner Ordsstatut, das jüngst unter der Voranlegung beschlossen wurde, daß die Berliner Nachbar-gemeinden ein gleiches Statut erlassen.

Ein schwerer Straßendiebstahl hat sich am Sonntagabend ereignet. Vor dem Hause Neue Kanitzstraße 18 verließ eine etwa 23jährige Dame trotz der Warnung des Schaffners den Hintereingang eines von ihr benutzten Straßendiebstahls der Linie 33 während der Fahrt, kam zu Fall und schlug so heftig auf das Straßenspalt auf, daß sie Bewußtlosigkeit erlitt. Die Verunglückte, deren Personalien bis gestern abend nicht festzustellen waren, wurde zunächst nach der Unfallstation in der Berliner Straße und von dort nach dem Krankenhaus Westend geschafft, wo eine schwere Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Die Unbekannte hatte bis zum gestrigen Abend das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt; an ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Sieglin.

Die Gemeindevertretung setzte in ihrer gestrigen Sitzung wieder den ersten Freitag im Monat als regelmäßigen Sitzungstag fest und gab dann einem Ordsstatut ihre Zustimmung, das für die Benutzung von Straßenland zur Lagerung von Baumaterialien die Zahlung von Gebühren festsetzt. Diese betragen bei Neubauten 5 M. für den laufenden Meter Grundstücksfront, bei Umbauten den gleichen Betrag für jeden Meter der zu benutzenden Front. Dauert die Benutzung länger als sechs Monate, dann ist der gleiche Betrag noch einmal zu zahlen. Der geplanten Einrichtung der landwirtschaftlichen Zuführung für die getrieblichen Unternehmungen der Gemeinde entsprach ein Antrag des Gemeindevorstandes auf Anstellung eines kaufmännisch vorgebildeten Rechnungsbeamten. Nach längerer Debatte, die sich um den Wirkungsbereich des neuen Herrn drehte, wurde die Stelle bewilligt, trotzdem ein bisheriger Tischlermeister unter allgemeiner Heiterkeit des Hauses ausführte, daß man dazu keinen Kaufmann brauche; das höchste Gehalt sei 10 ein-fach, daß es jeder Militäranwärter besorgen könne, wie die Deutsche Post beweise, die fast nur Militäranwärter als Buchhalter beschäftigt. Eine erfreuliche Einkünfte zeigte sich auch bei der nächsten Vorlage. Fast ohne Debatte wurde einem Antrag zum Ordsstatut betr. Bewilligung von Rubelohn und Hinterbliebenenversorgung für die im Gemeindevorteil beschäftigten Personen zugestimmt, nachdem es gelungen war, in der Kommissionsberatung einige wesentliche Verbesserungen des ursprünglichen Antrages zu erzielen. Es wird nunmehr ein Rubelohn nach 10jähriger Beschäftigung, nach vollendetem 21. Lebensjahre gewährt, wenn dauernde Gewerbsunfähigkeit eintritt oder das 65. Lebensjahr erreicht ist. Tritt Gewerbsunfähigkeit infolge einer Krankheit ein, die sich der Betreffenden im Dienste zugezogen hat, kann von der 10jährigen Karenzzeit abgesehen werden. Krankheit und militärische Leistungen, sofern sie im Einzelfalle drei Monate nicht überleben, werden als Wartzeit voll anerkannt, ebenso die ganze Zeit des Militärdienstes. Tritt jemand nach Unterbrechung abermals in Gemeindevorteil, so wird die vorher abvolltete Zeit voll anerkannt, wenn der Wiedereintritt innerhalb eines Jahres erfolgt. Der Rubelohn beträgt nach 10jähriger Tätigkeit $\frac{2}{100}$ und steigt von da ab mit jedem Jahr um $\frac{1}{100}$ bis zum 30. Dienstjahr, dann jährlich um $\frac{1}{100}$ bis auf höchstens $\frac{4}{100}$ des durchschnittlichen Arbeitslohnes. Sichern dem Berechtigten aus anderen gesetzlichen Leistungen Regale zu, so daß der Betrag von 750 Mark jährlich überflüssig wird, dann wird der Rubelohn um den Mehrbetrag gekürzt. Der Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Neuherichtung des Kaisers überreichte verschiedene Gemeindevorteil durch die Höhe der geforderten Summe von 80 000 M. Doch wurde auch diese Bitte gegen die Stimmen unserer Vertreter gescheitert. Bei der Beratung der Bedingungen und des Tarifs für die Lieferung elektrischen Stromes aus dem neuen Gemeinde-Elektrizitätswerk wurde von verschiedenen

Seiten eine Herabsetzung des Preises für Privatbeleuchtung von 40 Pf. auf 35 Pf. für die Kilowattstunde gefordert, um dadurch eine größere Beteiligung von Privaten zu erreichen. Die Mehrheit war jedoch nicht dafür zu haben. Die Kilowattstunde kostet also für Privatbeleuchtung 40 Pf. für Treppen-, Kellerräume- und Hausnummerbeleuchtung 35 Pf. für gewerbliche Zwecke 15 Pf. Außerdem werden Abnehmer von Strom zu gewerblichen Zwecken bei einem Jahresverbrauch von mehr als 250 M. folgende Ermäßigungen gewährt: bei mehr als: 250 M. 1 Proz., 500 M. 2 1/2 Proz., 1000 M. 5 Proz., 2000 M. 7 1/2 Proz., 5000 M. 10 Proz., 7500 M. 12 1/2 Proz., 10 000 M. 15 Proz., 15 000 M. 17 1/2 Proz. Bei einem Jahresverbrauch von mindestens 100 000 Kilowattstunden erniedrigt sich der Preis noch um ein Bedeutendes auf Grund besonderer Vereinbarung. Wenn nun noch die Bewilligung von 650 000 M. zur Erbauung der höheren Mädchenschule auf dem Hietberg und von weiteren 500 000 M. zur Erbauung einer G e m e i n d e - D o p p e l s c h u l e in der Friesenstraße berichtet wird, dann sind die wichtigsten Beschlüsse registriert. Bemerkenswert ist noch, daß die Gemeindegasse, deren Nobel im Saale ausgestellt war, eine Wandelhalle aufweist, die es den Schülern erlaubt, die Pausen im Freien zu verbringen, ohne den Unbilden der Witterung ausgesetzt zu sein. Eine Reuerung, die im Interesse der Gesundheit der Kinder sehr zu begrüßen ist.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Von den auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenständen konnte nur ein Teil erledigt werden. Darunter auch ein Dringlichkeitsantrag des Gemeindevorstandes betr. Herabsetzung der Ausbaugebühren, deren Höhe für die Vorführungen der Kinematographentheater auf Antrag des Gemeindevorstandes herabgesetzt erhöht wurden. Unsere Genossen stimmten dagegen. Daß der vom Genossen Richter kürzlich gegen die Verwaltung erhobene Vorwurf der Bummelerei voll auf der Hand lag, zeigte sich bei der Wahl der Ausschüsse. In den Vorschlagslisten für die einzelnen Kommissionen, im Armenauschuss usw., herrschte eine solche Unordnung, daß sich der Degerment selbst nicht darin zurechtfinden konnte. Genosse Huhn hat sein Amt als Mitglied des Armenauschusses niedergelegt und an seine Stelle dem Degermenten, Herrn Schöffen Wossido, den Genossen Georg Altemann vorgeschlagen, wogegen derselbe anfangs auch nichts einwendete. Erst nachdem man, wie es scheint, erfahren hat, daß Altemann in bezug auf christliche Gesinnung nicht ganz einwandfrei sei, machte sich Herr Wossido als pensionberechtigter Christ pflichtgemäß auf die Suche nach einem Ersatz und fand denselben in der Person des Lehrers Baumschweig, den er auch vorschlug. Als Genosse Huhn nun Altemann wieder vorschlug, ersuchte Herr Wossido um Ablehnung dieses Vorschlages, da derselbe nicht in dem Bezirk, der zu betreten sei, wohne. Trotzdem unser Genosse nun nachwies, daß dies in anderen Fällen verchiedentlich auch nicht der Fall sei, wurde sein Vorschlag abgelehnt. In den Waisengericht wurde als Ersatzmann für einen Herrn, der sich noch nicht zur Annahme des Postens bereit erklärt hat, Genosse Köhlermann gewählt. Die katholische Kirchengemeinde zu Sieglin beabsichtigt an der Laubacher Straße eine Kirche zu erbauen. Die Anlage derselben ist nun von Herrn Haberland so vorgesehen, daß die Grundmauern zickzack einen Vor- über der Mitte der Straßengasse hinausgehen, so daß die Hauptverkehrsstraße später einmal ein ganz beträchtliches Verkehrs- hindernis aufweisen wird. Genosse Huhn ersucht um Ablehnung des Antrages, er könne nicht einsehen, warum man für die Kirchengemeinde, die doch eine Privatgesellschaft darstelle, Ausnahmerechte schaffen wolle. Nachdem noch der Bauart sowie der Substanz des Bürgermeisters, Herr von Brochem, betont hatten, daß die Kirche zur Verschönerung des Straßenschnittes beitragen, stimmte die Versammlung getreu den Anweisungen des Herrn Haberland, der ja jetzt wieder einen neuen Brunnen gestiftet, dem Antrage zu. Ein Antrag des Gemeindevorstandes verlangte die Summe von 1200 M. für Einweihung der neuen höheren Mädchenschule. Genosse Richter beantragte, diese Summe abzulehnen. Mit Recht wies er darauf hin, daß, als er gelegentlich der Stadtberatung beantragte, die Einkommen unter 900 M. steuerfrei zu lassen, weil ja doch für die Gemeinde noch Abzug der Einzelsteuern nur 1500 M. herauskommen, dies aus Sparmaßregeln abgelehnt worden sei. Demnach habe man die Steuern der Armen weiter verschärft, während heute für einen Schmaus für die Saiten eine annähernd so hohe Summe bewilligt werden soll. Die Summe wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und des Bürgerlichen Knaut bewilligt. Da seit dem Eintritt unserer Genossen des öfteren Differenzen über die Handhabung der Geschäftsordnung entstanden sind, bei denen sich herausstellte, daß dieselbe sehr reformbedürftig ist, wurde eine Kommission zur Prüfung derselben gewählt, der u. a. auch der Genosse Richter angehört.

Tempelhof.

Der Bebauungsplan für den westlichen Teil des Tempelhofer Feldes lag der letzten Gemeindevorstellung zur Beschlussfassung vor. Bemerkenswert ist, daß der alte Plan sehr gut gewesen sei, erst als die Agitation von Berlin einsetzte, sei er schlecht gemacht worden. Auf Veranlassung des Ministeriums wurde der Gemeinde nahegelegt, ob es sich nicht empfehle, die im alten Plan vorgesehenen parkartigen Plätze aufzumengen. Seit Monaten hätten hervorragende Städtebauer und Künstler sich bemüht, neue Entwürfe aufzustellen. Gemeindevorstand und Anliegergesellschaft hätten sich auf den verlassenen Plan geeinigt. Dieser Plan enthält 44 Proz. Land für Straßen und Plätze (gegen den alten Plan 3 Proz. mehr), während 56 Proz. der Bebauung erschlossen würden. Die vorläufig ausgestattete Verbindung mit Berlin soll bei dem Aufmarschgelände erfolgen. Die größte Breite der Verkehrsstraße betrage 50, die sich bis zur kleinsten Verbindungsstraße auf 23 Meter ermähligt. Längs der Berliner Straße ist eine 32 Meter breite Parallellinie gebaut, weil sich eine solche Verkehrsader wegen event. Sprengung der Berliner Straße durch Vorkaden empfiehlt! Die 2000 Quadratmeter für öffentliche Zwecke sind für eine Gemeindegewerkschule, eine einfache Gemeindegewerkschule, ein Gymnasium, höhere Mädchenschule und Feuerwache reserviert. Während die höheren Lehranstalten an der Berliner Straße gedacht sind, weil man auf Berliner Zugang rechnet, sollen die Gemeindegewerkschulen nach hinten auf die Schöneberger Seite zu liegen kommen. Drei Millionen seien durch diese abgeänderte Form gespart worden. Dies sei ein Verlust für die Gemeinde, insofern, als dieselbe am Gewinn mit 15 Prozent beteiligt ist. An diesen drei Millionen könne nichts verdient werden, deshalb habe die Gemeinde kein Interesse an erhöhtem Straßenland, auch nicht das geringste Interesse an Hinterhäusern. Nur höchstens fragte Holzhandler Schuber, warum die Gemeindegewerkschulen nach dem Westen gelegt werden, während der Direktor der Zerrungsellschaft, Angel, der als Sachverständiger bei den Verkaufsverhandlungen im Ministerium tätig war, seine Zustimmung mit dem neuen Plan zum Ausdruck brachte.

Für Landvermessungsarbeiten wurden 5000 M. bewilligt in der Erwartung, daß die Tempelhofer Feld-Anliegergesellschaft einen Teil dieser Kosten trägt. — Die Klasse 2a, welche 63 Schüler zählt, muß getrennt werden; es wird vorläufig eine Lehrerin angestellt.

Petershagen bei Friederichsdorf.

Aus der Sitzung der Gemeindevertretung. In der letzten Gemeindevorstellung stand zum vierten Male der Erweiterungsbau der Schule zur Verhandlung. War die Mehrheit bei der ersten Verhandlung für den Antrag unserer Genossen, das vorhandene Schulgebäude durch Ein- und Aufbau zu erweitern, so war in den beiden nachfolgenden Sitzungen nur noch Zustimmung für einen Auf- bau. Durch Neueinrichtung und Zugang sind mit einem Male jetzt 50 Kinder mehr in die Schule gekommen. Dies mag die Mehrheit wohl veranlaßt haben, vielleicht auch noch eine andere Stelle, im wesentlichen dem Antrag unserer Genossen wieder stattzugeben, so daß, wenn der Bau fertiggestellt sein wird, jetzt 6 Schulzimmer zur Verfügung stehen. Beschlossen wurde noch, per 1. Oktober eine dritte Lehrerstelle einzurichten.

Röpenitz.

Mit dem Fahrstuhl verunglückt ist gestern nachmittags in der Dampfwascherei von Heine der Wäscher Schramm, der mit dem

Erpedieren der Ware beschäftigt war. Auf bisher nicht aufgeklärte Weise setzte sich der Fahrstuhl wieder in Bewegung, als ihn Sch. mit einem Boden Wäsche betreten wollte. Sch. kam dabei zu Fall und geriet mit dem rechten Arm und Bein zwischen Fahrstuhl und Wandung. Um den Verunglückten aus seiner qualvollen Lage zu befreien, mußte das Mauerwerk ausgehauen und der Fahrstuhl teilweise zerlegt werden. Durch einen inzwischen herbeigerufenen Arzt erhielt der Schwerverletzte einen Notverband und wurde dann später mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus Orly gebracht. Wie uns mitgeteilt wurde, soll der Verunglückte von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$, also 2 1/2 Stunden im Komitor der Fabrik gelegen haben, ehe der einzige für Röpenitz bestehende Krankenwagen zur Stelle geschafft werden konnte, da er in Anspruch genommen war. Es wäre unferes Erachtens Pflicht des Magistrats, für eine der Einwohnerversicherung entsprechende Vermehrung der Krankenwagen Sorge zu tragen.

Potsdam.

Wegen Stenographie erkrankt. Vor einigen Tagen wurde aus der Stromhavel hinter dem Hause Brauerstraße 3 eine weibliche Leiche gefischt, die bisher nicht rekonstruiert werden konnte. Die Leiche war gut gekleidet und besaß einen Notverband und Schmutzfachen. Jetzt ist die Leiche als die 20jährige Berliner Kontoristin Martha Schöffner wiedererkannt worden, die in der Kirchdammstraße zu Berlin wohnte. Sie war seit dem 1. März heilungslos und hat sich aus Verzweiflung hierüber ins Wasser gestürzt.

In Zahlungsschwierigkeiten geraten ist die bis vor einigen Jahren von dem Stabältesten und Stadtrat Wolff geleitete Kaufmanns-Engrosfirma, die nach dem Tode des Inhabers von seinem Sohne weitergeführt wurde. Aufzuspülungen haben den Zusammenbruch herbeigeführt. Wolff hatte jahrelang großen Einfluß sowohl auf die kaufmännischen wie auch auf die kommunalen Kreise der Stadt ausgeübt, der teilweise ebenfalls auf den Sohn übergegangen war. Mehrere Bankfirmen wollen eine Regelung der Verhältnisse vornehmen. Wolff ist der Schwiegerjohn des freiservativen Landtagsabgeordneten für Potsdam, Kommerzienrat Edert-Potsdam.

Eine Nachtigallensteuer zählt hier zu den kommunalen Steuerarten. Seit Jahren hat die Stadt hieraus schon die kostlose Einnahme von 8 M. jährlich, aber beibehalten muß der Papp werden.

Aus aller Welt.

Jagd auf einen ober-schlesischen Raubmörder.

Zu blutigen Kämpfen kam es in der Nacht zum Sonntag bei der Verfolgung eines gefährlichen Raubmörders, der seit einiger Zeit die Bewohner Oberschlesiens in Angst und Schrecken hält. Der Polizei war bekannt geworden, daß der Arbeiter Kowoll, der am 16. März in Bismarckstraße den Nachtwächter Stachewski durch einen Schuß bei Ueberraschung eines Einbruchs tötete und am 31. März in Laurahütte bei einer nächtlichen Raubzuege den Schuttmann Weissen erschoss und vor vier Tagen in Josefstadt den Schlosser Kopeck, als dieser ihn bei Ausübung eines Einbruchs ertappte, tödlich verletzete, in der Wohnung seiner Bekannten in Simianowitsch Unterschlupf gefunden hatte. Zur Festnahme des gefährlichen Burschen begab sich mehrere Gendarmen und Kriminalbeamte nach dem Orte und umstellten das Haus. Der Gendarmereisachmeister Fuld drang in die Wohnung des Mädchens ein, um den Verbrecher zu verhaften. Kowoll streckte den Beamten durch einen Schuß ins Herz nieder und entkam aus der ihm gestellten Falle. Der getötete Beamte hinterläßt Frau und neun Kinder.

Auf seiner Flucht suchte er gegen Morgen Unterschlupf bei einem Onkel in Köbberg bei Beuthen. Dieser benachrichtigte die Polizei, die in Stärke von sechs Schutzeinheiten eintraf. Ein Schuttmann, der in die Wohnung eindrang, wurde von einem Komplizen des Kowoll angefallen und gebissen. Der Schuttmann wehrte den Angreifer durch einen Schuß ab, während ein anderer Schuttmann durch ein Fenster auf Kowoll schoß. Kowoll feuerte gleichfalls mehrmals und verletzte mehrere Schutzeinheiten, darunter einen schwer. Er wurde durch zehn Schüsse getötet, während sein verwundeter Komplize in das Gefängnis in Beuthen eingeliefert wurde.

200 Menschen verbrannt.

Ein entsetzliches Brandunglück ereignete sich nach einem Telegramm aus Bombay am Sonntag in einem indischen Dorfe im Poonabegirt. Etwa 500 Personen feierten in einem zum größten Teil aus Holz bestehenden Gebäude eine Festlichkeit. Während derselben fiel eine brennende Petroleumlampe von der Decke; die Flammen erfaßten sofort das ganze Gebäude, das nur einen Ausgang hatte. Etwa 200 Männer, Frauen und Kinder fanden den Tod in den Flammen.

Einen schönen Erfolg.

hat die deutsche Bootbau- und Motorenindustrie in Monaco davongetragen. Bei dem dortigen klassischen Motorenrennen gewonnen in der „Kreuzer“-Klasse, d. h. in der Klasse der soliden, schweren Boote, drei Erzeugnisse deutscher Industrie bei einer Konkurrenz von 52 Booten die Preise. Es war eine Strecke von 200 Kilometer abzufahren. Die ganze internationale Konkurrenz blieb harrariert auf der Strecke; nur die drei Sieger hielten durch. Erster wurde „Kreuzer-Daimler“ mit Pump von Dürfen, Vogel und Motor Daimler. Zweiter, ebenfalls, zweiter der Franzose „La Daive“, der jedoch einen deutschen „Mercedes“-Daimler Motor trägt, und Dritter „Vil 15 VII“ des Herrn Rudolf Dergog, Berlin mit Pump von Engeldredt, Beuthen und Dürfen. Motor. „Kreuzer“-Daimler lief 50 Kilometer in der Stunde, mußte aber zweimal abhaken, weil das Rudergeschirr in Unordnung geraten war. Der Sieg von „Vil 15“, der mit jener Stufe und Beharrlichkeit lief, die am meisten schätzt, ist deswegen besonders bemerkenswert, weil das Boot erst vor ein paar Tagen in der Brandung einer Wale kenterte und der Motor nur unter Aufbietung aller Kräfte wieder rechtzeitig zum Laufen gebracht werden konnte. Die französische Sportzeitschrift „L'Auto“ bemerkt zu dem deutschen Sieg: „Wir sind heute geschlagen worden, weil die Deutschen mit wunderbar regulierten Motoren nach Monaco gekommen sind, die bis in die kleinsten Details ausprobiert waren.“ — Der Sieg ist also mit von der deutschen Arbeiterschaft errungen, die hochqualifizierte Arbeit geliefert hat.

Niesenbrand in Tokio.

In Fushimara, dem den japanischen Weisheit reservierten Stadtviertel Tokio, kam am Sonntag ein Brand aus, der das ganze Stadtviertel vernichtete. Die Flammen, begünstigt durch heftigen Wind und Wassermangel, fanden an den leicht gebauten Häusern der „Stadt der tausend Lieder“ reichliche Nahrung. Um das Feuer einzudämmen, wurden ganze Straßenzüge niedergelegt, trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Brand auf die Stadtviertel Toki und Asakusa übergriff. Auch sie wurden zum großen Teil in Raub der Flammen. Bei dem Brande wurden über 5000 Gebäude zerstört, gegen 5000 Weisheit sind obdachlos geworden und haben fast nur das nackte Leben gerettet.

Die Grubenkatastrophen in den Vereinigten Staaten.

Bisher liegen noch keine endgültigen Zahlen über die Opfer der beiden entsetzlichen Bergwerkskatastrophen in den

Öffentliche politische Versammlungen.

4. Landtagswahlkreis

Heute Dienstag, den 11. April, abends 8 Uhr:

Öffentliche Wählerversammlung

im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52-53.

Tages-Ordnung:

1. Referat des Landtagsabgeordneten **Adolf Hoffmann**.
2. Ansprache des Kandidaten des Kreises **M. Grünwald**.
3. Diskussion.

Wähler erscheint in Massen!

Der Einberufer: **G. Häusser**, Alexandrinenstr. 100.

Zentralkrankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 19. April 1911, abends 8 Uhr, in **Wilkes Festsälen**, Sebastianstr. 39:

Anßerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere diesjährige **Generalversammlung**.
2. Wahl von 12 Abgeordneten zur Generalversammlung.
3. Kassenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin.

Dienstag, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr, bei **Keller**, Köpenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Erneute Beratung und Beschlussfassung über den Tarifvertrag.

Wichtig! Jeder Mitglied ist es, antw. zu sein.

Mitgliedsbuch oder Streifenkarte legitimiert. 178/11

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirk Berlin R.

Donnerstag, den 13. April 1911, abends 8 Uhr, bei **Goppe**, Hermannstr. 49:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung. 2. Stellungnahme zur Meißner. 3. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung. 4. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1087

Donnerstag, den 13. April 1911, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I:

Versammlung

der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mat. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit dieser Versammlung macht das Erscheinen aller Kollegen wünschenswert.

Mitgliedsbuch legitimiert. 115/4

Achtung! Achtung!

Der Osterfeiertage wegen findet die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung (Kranke) wie folgt statt:

Für Freitag, den 14. (Karfreitag), findet die Auszahlung schon am Donnerstag, den 13. April statt. — Für Montag, den 17. April (2. Feiertag), wird am Sonnabend, den 15. April, gezahlt. — Am Dienstag, den 18. April (3. Feiertag), bleibt das Bureau von 12 Uhr ab geschlossen. Die Ortsverwaltung.



auf **Lauben, Restaurants** etc. erzielt man durch **Dachpax u. Dachpaxpappen.**

Farben

weiß — grau — rot — grün leuchtend, garantiert wetterbeständig, streichfertig, sofort trocknend, billiger als Oelfarbe.

Prospekte, Muster gratis. Telefon IV. 1096. **Dachpax-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 58.**

Verantwortlicher Redakteur: **Albert Wack**, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: **H. W. Gode**, Berlin. Druck u. Verlag: **Vorwärts** Buchdruckerei u. Verlagsanstalt **Paul Singer u. Co.**, Berlin SW.

2 preiswerte Anzüge

34⁵⁰

Ein- und zweireihig verarbeitet.

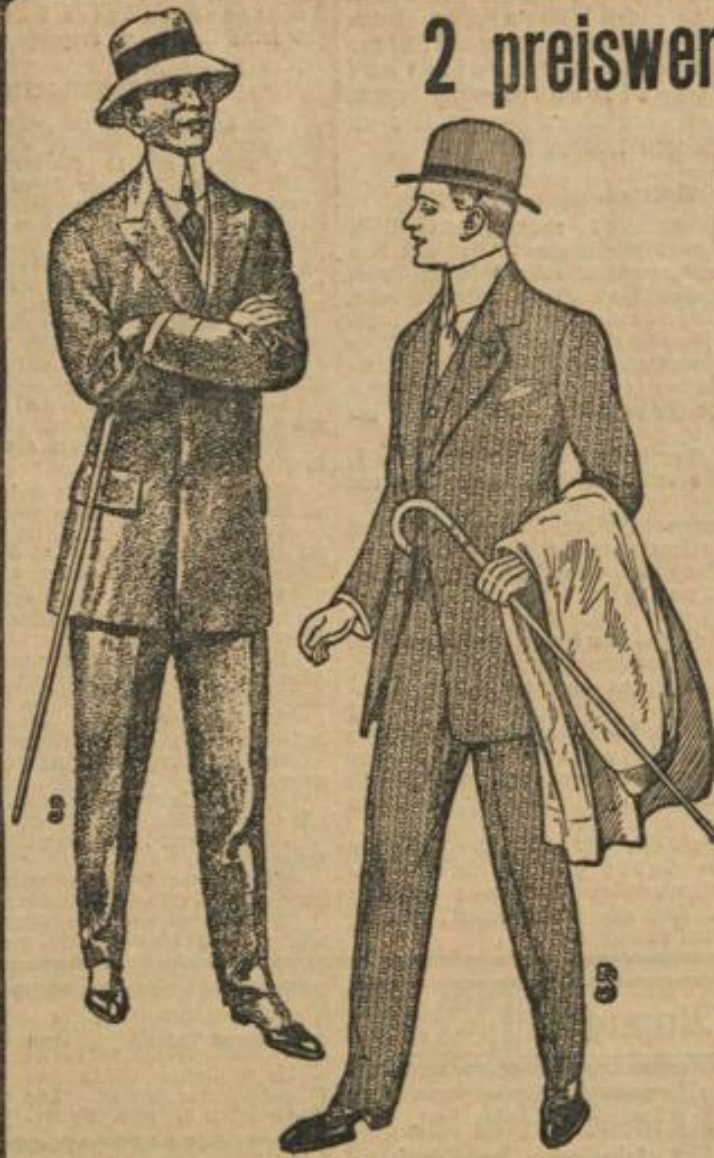
38⁵⁰

Mit langer Fassung auf 2 Knöpfen gearbeitet.

Stets fertig am Lager:

Jackett-Anzüge

- 24,50, 27,00, 29,00
- 32,00, 36,00, 40,00
- 45,00, 48,00, 52,00
- 54,00, 56,00, 60,00
- 65,00, 75,00.



M. Schulmeister

Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Berlin Dresden Str. 4. Berlin SO. 26,

Hochbahnstation Kottbuser Tor.

Verlangen Sie bitte den neuen Katalog für Maßanfertigung, porto- u. kostenfrei.

Steinarbeiter!

Donnerstag, den 13. April, abends 8 Uhr, in den **Musikersälen**, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom 1. Quartal. 2. Stellungnahme zum 1. Mat.
3. Die Organisationszugehörigkeit der Kunststeinarbeiter.

Jeder organisierte Kollege ist verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen!

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung. 171/13

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in be- kannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krank- halt und Arbeitslosigkeit) **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat (9mal prämiert Staats- medaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. Für jedes Instrument gewähre ich 2jähr. schriftl. Garantie. **Berlin, Ansbacher Str. 1** **Conrad Krause Nachf.**, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410. **Auch Sonntags geöffnet.**

Orts-Krankenkasse für den Amtsbezirk Glankfeld.

Am Mittwoch, den 26. April 1911, abends 8 Uhr,

findet im Lokale des Herrn **W. Schneider**, Rosenthal-Wilhelmsruh, Pringensstraße 1, die **ordentliche**

General-Versammlung

statt, wozu die Herren Mitglieder hier- mit ergebenst eingeladen werden.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslegung pro 1910.
2. Bericht der Rechnungs-Prüfungs- Kommission.
3. Entlassung eines Vorstandsmit- gliedes (Kassenmitglied).
4. Endgültige Genehmigung von Verträge.
5. Endgültige Genehmigung der Ver- gütung für die Kassenbeamten und der von denselben zu stellende Sicherheiten.
6. Erledigung etwaiger schriftlich ein- gegangener Anträge.
7. Verschiedenes.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassen- bücher notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung bis zum 22. April cr. der Ortsver- waltung mitgeteilt werden. Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen. 273/14 **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Der Magistrat der hiesigen könig- lichen Haupt- und Residenzstadt hat unter dem 23. März 1911 die folgende 1. Abänderung der Verhaltensmaß- regeln für erkrankte Mitglieder ge- nehmigt:

I. Abänderung der Verhaltens- maßregeln für erkrankte Mit- glieder.

Auf Knordnung des Vorstandes muß sich der Patient einer Vor- resp. Nachuntersuchung bei dem Vertrauens- arzte unterziehen. Berlin, den 26. Januar 1911. **Krankenkasse der Personen-Lohn- fahrwerks-Vereinigung zu Berlin. Der Vorstand.**

Gustav Rose, Vorsitzender, **Alfred Helterhoff**, Schriftführer. Vorstehende Abänderung der Ver- haltensmaßregeln für erkrankte Mit- glieder wird gemäß § 26a des Kranken- kassenversicherungsgesetzes hiermit ge- nehmigt. 273/15

Berlin, den 23. März 1911.

Magistrat hiesiger königlichen Haupt- und Residenzstadt. (3 Unterschriften.)

Diese I. Abänderung kann in be- liebigiger Anzahl in unserem Bureau in Empfang genommen werden. Berlin, den 3. April 1911. **Krankenkasse der Personen-Lohn- fahrwerks-Vereinigung zu Berlin. H. A. Rose**, Vorsitzender.

Kapow □-R. von 12 Mark an 20 Pfennig-Bahrt. **J. Rieger**, Gontardstr. 5.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder u. verwandten Gewerbe zu Berlin.

Der Jahresbericht 1910 ist er- schienen und kann im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden. 273/16 **Der Vorstand.**

freie Lokal

von **Nicolai** (früher Meesen in Seefeld) zu empfehlen. 8825/3 **Der Wirt.**

Neu erschlossen!

zirka 600 Morgen **Seeparzellen** □ R. von 10 Mk. an **Waldparzellen** 4 . . . **Ackerparzellen** 2 . . . **Austausch und Pflanz kostenlos.** **J. Rieger**, Berlin, Gontardstr. 5.

Wo wollen Sie

sich ein Eigenheim schaffen? Sehen Sie sich erst mein Terrain in **Röntgenal** an. Verkauf □ R. noch von 8 Mk. an. 6 Min. v. Bahnh. Straßen fertig angelegt. 20 P. v. **Gebrüder Geringe** in u. Abzahlung. **Graff, Alt-Posch 83b**. Sonntag Röntgenal, Bahn-Station, Bayern.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Soziales.

Gegen Kassensprengung

Wendet sich eine am Donnerstag gefällte Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsgerichts. In Forst i. N. besteht eine allgemeine Ortskrankenkasse für alle Gewerbe. Infolgedessen gehörten ihr auch die versicherungspflichtigen Angestellten des Gast- und Gastwirtschafts an. Später wurde nun für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe eine neue besondere Ortskrankenkasse errichtet. Nach dem Statut, das die Genehmigung des Bezirksausschusses fand, sind Mitglieder alle innerhalb der Gemeinde Forst in Gast- oder Schankwirtschaftsbetrieben beschäftigten Personen.

Der Regierungspräsident focht den Beschluß an. Er machte geltend: Für versicherungspflichtige Personen, die bereits einer Kasse angehören, könne grundsätzlich nur eine neue Kasse errichtet werden, wenn ihre Ausscheidung aus der bestehenden Kasse veranlaßt worden sei. Da ein solches nicht stattgefunden habe, so hätte das Statut der neuen Kasse nicht genehmigt werden dürfen. Der Beschluß des Bezirksausschusses sei deshalb als gegen das Gesetz verstoßend aufzuheben.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts setzte denn auch, seiner künftigen Rechtsprechung folgend, den Genehmigungsbeschluß des Bezirksausschusses außer Kraft, indem er begründend ausführte: Nach dem § 24 des Krankenversicherungsgesetzes dürfe die Genehmigung zu einem Kassensystem nur verweigert werden, wenn das Statut den Anforderungen des Gesetzes nicht genügt oder wenn die Bestimmungen über die Klassen von Personen, welche der Kasse angehören sollen, mit den Bestimmungen des Statuts einer anderen Kasse in Widerspruch stehen. Das letztere sei hier der Fall. Zur älteren Kasse gehören nach ihrem Statut auch die fraglichen Personengruppen, für die die neue Kasse errichtet worden sei. Solange das der Fall sei, könne für das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe in Forst keine besondere Kasse ins Leben gerufen werden. Der § 48 des Gesetzes gewähre im übrigen den schon bestehenden Ortskrankenkassen, die für versicherungspflichtige Personen verschiedener Gewerbebezirke oder Betriebsarten errichtet sind, einen Schutz dagegen, daß ihr gegen ihren Willen Mitglieder weggenommen werden sollen. Nach dem Paragraphen kann die Ausscheidung der demselben Gewerbebezirke oder derselben Betriebsart angehörenden Kassensmitglieder aus der gemeinsamen Kasse nur erfolgen, wenn die Mehrzahl dieser Kassensmitglieder zustimmt und die Generalversammlung der Kasse es beantragt. Dies sei der einzige Weg. Das sei aber hier nicht geschehen. Aus diesen Gründen müsse der Genehmigungsbeschluß des Bezirksausschusses aufgehoben werden.

Nach denselben Grundrissen müßten die hier genehmigten Betriebsklassen der A. E. G. und der Siemenswerke aufgehoben werden. Indes hat hier die Behörde die Anfechtung des ungünstigen Statuts unterlassen.

Die Übertragung der Syphilis.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltete am 5. April einen Vortragsabend, an dem Dr. Carl Schindler über „Die Übertragung der Syphilis auf die kommenden Geschlechter“ sprach.

Der Vortragende führte folgendes aus: Die Lehre von der Übertragung der Syphilis auf die kommenden Geschlechter umfaßt die schwierigsten Probleme der medizinischen Wissenschaft. Es war zu untersuchen, wer die Syphilis der wachsenden Frucht, dem Kinde überträgt, der Vater oder die Mutter, wie diese Übertragung zustande kommt, ob der Vater dem Nachwuchs gefährlicher ist oder die Mutter, ob die Syphilis vom Großvater noch dem Enkel vererbt werden kann, also die Syphilis der ersten Generation auf die zweite und vielleicht noch gar auf die dritte Generation übergeht? Vielteils hingegen die Mutter zur Zeit der Geburt Symptome von Syphilis dar, ist aber das Kind frei von solchen, ist das Kind gesund und nicht etwa nur latent syphilitisch, so darf die Mutter, die syphilitisch ist, ihr gesundes Kind nicht selbst nähren. Die Syphilis erlischt gewöhnlich schon in der ersten Generation; daß die Syphilis direkt vom Großvater auf den Enkel, also auf die zweite Generation übergeht, ist theoretisch möglich, in der Wirklichkeit äußerst selten. Vielmehr geht die Übertragung der Syphilis der ersten Generation auf die zweite so vor sich, daß der die erste Generation repräsentierende syphilitische geborene Vater ausgeheilt war, aber im geschlechtlichen Alter sich zum zweiten Male infizierte. Gerade die Reinfektion beweist, daß die Syphilis vollkommen heilbar ist, denn nur wer ganz geheilt war, kann sich zum zweiten Male mit Syphilis anstecken. Die Syphilis beginnt durch die Kindersterblichkeit eine Masse, aber sie degeneriert nicht eine Masse, wie z. B. der Alkohol. Die Übertragungsfähigkeit der Syphilis auf die Kinder erlischt mit dem Alter der Syphilis und durch energische Behandlung. Haben Syphilitiker wenigstens 5-6 Jahre nach der Infektion gewartet, bevor sie heiratet, haben sie sich während dieser Zeit fortwährend energisch behandelt, so besteht auch die Anwartschaft auf einen gesunden Nachwuchs. Aber auch nur dann! Eltern sollen sich daher vorher vergewissern, ob die Männer, die ihre Töchter zur Frau begehren, eine syphilitische Vergangenheit haben und ob die Syphilis bereits erloschen ist. Es ist heute erwiesen, daß die Syphilis des Vaters nur dann auf die Nachkommenschaft übertragen wird, wenn er in einem noch infektiösen Stadium der

Syphilis heiratet und dadurch seine Frau, die Mutter, mit Syphilis infiziert. Die Übertragung der Syphilis auf die werdenden Kinder erfolgt ausschließlich und nur durch die syphilitische Mutter, so, daß durch die lokale syphilitische Erkrankung der Placenta des Mutterkuchens das Kind direkt in der Gebärmutter infiziert wird. Bleibt die Placenta gesund, so kommen trotz der Syphilis der Eltern gesunde Kinder zur Welt. Aber in der Regel erkrankt eben die Placenta, die Kinder sterben und erst nach energischer Behandlung der Syphilis kommen dann gesunde Kinder zur Welt. Von besonderer Wichtigkeit sind einige praktische Fragen. Bringt eine gesund erscheinende Mutter ein syphilitisches Kind zur Welt, so ist die Mutter stets selbst syphilitisch, auch wenn sie zur Zeit der Geburt keine Symptome von Syphilis darbietet, sie ist eben latent syphilitisch. Es muß und kann daher allein diese Mutter, die nur scheinbar gesund ist, ihr syphilitisches Kind nähren, ohne selbst sich anzustecken, ohne selbst an Syphilis zu erkranken. Denn diese Mutter hat eben schon Syphilis. Kann eine solche Mutter ihr Kind nicht nähren, so darf das Kind keiner gesunden Amme gegeben werden, es muß mit der Bläuse aufgezogen werden oder von einer syphilitischen Amme genährt werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Diebstahl einer Schadowschen Reliefskulptur aus dem Kunstgewerbemuseum

„Friedrich den Großen zu Pferde“ darstellend, beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt: der Schawenskerdekorateur Karl Lint, der Kaufmann Viktor Wötcher und der Kolonialhandelsreisende Hans Rehr. Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Diebstahl bezw. Beihilfe und Begünstigung. Am 22. Januar vorigen Jahres lief bei der Kriminalpolizei eine Anzeige von der Direktion des Kunstgewerbemuseums ein, daß eine Skulptur des bekannten Schadowschen Reliefs „Friedrich der Große zu Pferde“ gestohlen worden sei. Die sofort in Angriff genommenen Ermittlungen nach dem Verbleib des Reliefs, welches einen Wert von circa 80 M. hatte, blieben ohne Erfolg und wurden am 14. März eingestellt. Am 20. Mai erfuhr die Kriminalpolizei Schawenskerde und Rehr, daß bei einem Zigarrenhändler Sch. im Quartier Latin eine Bronzeplatte für ein Darlehen von 5 M. verpfändet worden sei. Der Direktor Falk vom Kunstgewerbemuseum rekonstruierte die „Bronzeplatte“ als die gestohlene Schadowsche Reliefskulptur. Der Zigarrenhändler gab an, daß er das Relief von einem gewissen Wötcher in Pfand bekommen habe. Die Kriminalpolizei ermittelte diesen Wötcher in der Person des jetzigen Mitangeklagten Wötcher. Dieser wiederum wollte das Relief von einem Dekorateur Karl Kraus erhalten haben, den er in einem Café am Oranienburger Tor kennen gelernt haben wollte. Dieser „Kraus“ wurde in der Person des Angeklagten Lint ermittelt und festgenommen. Um die gleiche Zeit lief bei der Kriminalpolizei von einer Prostituierten eine Anzeige ein, in welcher sie den jetzigen Angeklagten Hans Rehr der Zuhälterei, der Erpressung, der Unterschlagung und anderer Vergehen beschuldigte. In dieser Anzeige waren geheimnisvolle Andeutungen über eine im Kunstgewerbemuseum gestohlene Bronzeplatte enthalten, die sich in dem Besitz des Rehr befunden habe. Rehr stellte erst heute Kenntnis von einem Bronzerelief in Abrede, schließlich behauptete er, er habe das Relief von einem Baron mit der Anschrift erhalten, es in Paris zu verkaufen. Da ihm jedoch das Geld zur Reise fehlte, habe er es dem Baron wieder zurückgegeben. In den weiteren Vernehmungen stellte es sich heraus, daß Lint und Wötcher das Relief in dem Museum gestohlen hatten und Rehr, der sich vielfach als „Baron von Rehr“ ausgegeben hatte und in Reittiefeln und Sporen herumgelaufen war, den Verkauf des Reliefs übernommen hatte. Später bestritten alle drei Angeklagte plötzlich die strafbare Herkunft des Reliefs gekannt zu haben und behaupteten, es von einem Unbekannten erhalten zu haben. Auf jene Anzeige der Prostituierten ist gegen Rehr auch Anklage wegen Zuhälterei, Erpressung, gefährlicher Körperverletzung, Betruges und Unterschlagung erhoben. Die Beweisaufnahme ergab bezüglich des Angeklagten Hans Rehr folgendes: Er stammt aus einer sehr guten Familie, seine unfrühe Natur hat ihm aber manchen Streich gespielt und er ist auf die schiefste Ebene geraten. Er ist seinerzeit als Lehrling bei einem Zahnarzt, der ein Bekannter seines Vaters ist, eingetreten, hat aber schon damals, wie der Zahnarzt gestern als Zeuge bezeugte, allerlei Dummheiten gemacht. Unter anderem ist er als angeblicher Student von einem Donner Corps angeleitet worden, als er vor dem Schwarzen Brett stand, und hat feierlich die Waage und das Band erhalten, bis es herauskam, daß er ein Wehring war. Nach beendeter Lehrzeit hat er Kreuz- und Quersfahrten durch die Welt gemacht und sich in Belgien, Frankreich, Amerika herumgetrieben. Tatsächlich hat er auf den Philippinen an den Kämpfen daselbst teilgenommen und die Charge eines amerikanischen Unterleutnants bekleidet. Von dort kam er wieder nach Deutschland, ging aber bald wieder nach Amerika zurück. Dort erkrankte er u. a. an Malaria, erlitt auch einen Sturz vom Pferde und hatte auch sonst verschiedene Abenteuer. Seinem Gang zur phantastischen Remonstration hat er nicht verloren und letztere ist ihm auch in dieser Strafsache einigermaßen verhängnisvoll geworden; denn er hat einer Zeugin gegenüber allerlei Einzelheiten über die Ausführung des Diebstahls erzählt, die darauf schließen lassen müßten, daß er daran teilgenommen habe. Bei den Witinnen,

wo er Quartier nahm, stellte er sich regelmäßig als „Baron von Rehr“, „Leutnant v. Rehr“ und dergl. vor, erzählte viel von seinen Kriegstagen auf den Philippinen, präsentierte einen Säbel, den er als „Ehrensäbel“ erhalten habe und prahlte mit einer Pension von monatlich 300 M., die ihm zugewilligt worden sei. Tatsächlich rühmte diese „Pension“ von seinem Vater her, der ihn mit Geldmitteln regelmäßig und ausreißend versorgte. Das „Ewig-Weiliche“ spielt in seinem Leben auch eine große Rolle und aus dem Verke mit zweifelhaften Damen ist die Anklage wegen Zuhälterei, Erpressung usw. entsprungen. Die für diesen Teil der Anklage in Anspruch zu nehmenden Zeugen sind zurzeit nicht auffindbar.

Bezüglich des Diebstahls ergab die Beweisaufnahme, daß Rehr, der die Tätigkeit des Wötcher bei Wegnahme der Plaque im einzelnen beschrieben hatte, bei der Ausführung des Diebstahls selbst gar nicht beteiligt gewesen sein kann, da er zur Zeit gar nicht in Berlin, sondern in Belgien war. Eine Rittergesellschaft des Angeklagten Lint konnte in keiner Beziehung nachgewiesen werden, so daß Staatsanwaltsoffizier Schawemann selbst dessen Freisprechung beantragte. Dagegen hielt der Staatsanwalt den Angeklagten Wötcher für überführt und beantragte gegen diesen wegen Diebstahls, der doch mit großer Frechheit ausgeführt worden sei, 6 Monate Gefängnis. Rehr habe sich der Hehlerei schuldig gemacht, da er versucht habe, die Plaque in Paris zu verkaufen. Wötcher habe ihm zu diesem Zweck schon einen Plan von Paris zur Verfügung gestellt, auf welchem die Geschäfte von Antiquitätenhändlern eingezeichnet worden waren. Da Rehr schon wegen Mordung verurteilt ist, wurde eine Strafe von 1 Monat Gefängnis beantragt. Der Staatsanwalt beantragte die übrigen gegen Rehr noch anhängigen Straffälle abzutrennen und späterer Verhandlung vorzubehalten. Das Gericht sprach den Angeklagten Lint frei, weil die gegen ihn vorhandenen Verdachtsmomente zu einer Verurteilung nicht ausreichten. Wötcher wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich um einen Museumsdiebstahl handelt. Vier Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Gegen Rehr lautete das Urteil auf Vier Monate Gefängnis. Es wurde angenommen, daß er, als er die Plaque bekam, Kenntnis davon hatte, auf welche Art und Weise sie in den Besitz des Wötcher gekommen war. Die Strafe wurde als verbüßt erachtet und die übrigen Anklagesachen gegen Rehr vertagt. Dieser erklärte, sich bei dem Urteil nicht zu beruhigen.

Berein „Freies Volkswohl“ endlich unschädlich?

Bei dem Bezirksausschusse für Berlin wurde gestern die Klage des ersten Vorsitzenden des Vereins „Freies Volkswohl“ Ley gegen den Polizeipräsidenten von Berlin verhandelt. Letzterer hatte gegen Ley eine Verfügung dahin erlassen, daß der Verein „Freies Volkswohl“ den Stellenvermittlungsbetrieb in der Linienstraße aufzugeben hätte, weil es sich um eine gewerbmäßige Stellenvermittlung im Sinne des Stellenvermittlungsgesetzes handle. Rechtsanwältin Bahn führte aus, es handle sich um einen gemeinnützigen Verein. Das Statut trage auf der ersten Seite das Bild der Königin Luise, der Verein habe auch schon viel Gutes gestiftet. Die Folge des Boregehens der Polizei werde sein, — daß in Berlin überhaupt kein Besinde mehr zu haben sein werde. Der Vertreter des Polizeipräsidenten führte dagegen aus, daß die Einnahmen aus dem Verein nicht völlig zur Deckung der Unkosten verwendet würden, sondern zum Teil dem Kläger zufließen. Die Kostenberichte ergäben eine Jahreseinnahme von circa 40 000 M. Der Bezirksausschuss wies die Klage ab, indem er sich den Ausführungen des Polizeipräsidenten anschloß.

Wer haben bereits im Jahre 1906 wiederholt auf das marktschreierische und gefetwirdige Gebahren des Vereins „Freies Volkswohl“ hingewiesen und vor dem Weittitt gewarnt.

Ein Mosbiter Prozeß

Beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Sylek die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Vergehens gegen den § 110 St. G. B. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) hatte sich der Redakteur der anarchistischen Wochenschrift „Der freie Arbeiter“, Johann Ray zu verantworten. In der Nr. 3 des „Freien Arbeiters“ erschien ein Artikel, welcher sich mit dem Mosbiter Krawallen befaßte und Ausfälle gegen die Polizei enthielt. In dem Artikel wurde ferner für den freien Sozialismus und die „direkte Aktion“ Propaganda gemacht, und zwar in einer Weise, die eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz darstellte. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 500 Mark. Das Gericht ging jedoch weit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf — 4 Monate Gefängnis! Wann werden die Schulleute, denen schwere, größtenteils Verleumdungen und Mißhandlungen sowie der feine Ueberfall und die ruchlose Tötung des Arbeiters Hermann nachgewiesen ist, endlich angeklagt werden?

Marktpreise von Berlin am 8. April 1911, nach Ermittlung des Königlich-polizeipräsidenten. Markthallenpreise. (Reinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Wicken 30,00—60,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,30. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—3,00. 80 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Hefe 1,80—3,00. Jambor 1,40—3,00. Prähle 1,20 bis 2,80. Parfäse 0,80—2,00. Schale 1,40—3,40. Mehl 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 2,50—38,00.

Einladung zum Oster-Freikonzert!

Wir erziehen uns, Ihnen während der bevorstehenden Osterferien und noch lange darüber hinaus, Festkonzerte in Ihrem eigenen Heim zu veranstalten, wie Sie sie wahrscheinlich noch nicht gehört haben.

Die Veranstaltung erfolgt völlig kostenlos für Sie und hat den Zweck, Sie zu einem Anknüpfen auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das Probekonzert, das Sie während der Dauer von 5 Tagen völlig unentgeltlich haben sollen, Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. Unser Angebot wird Sie gewiß interessieren, und deshalb bitten wir Sie, uns einige Minuten Gehör zu schenken:

Wir wollen Ihnen — zunächst kostenlos auf fünf Tage — einen Spezial-Kursus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig beidseitigen, 20 cm großen Schallplatten vorstellen. Diesen Apparat und diese Platten können Sie während der Dauer von 5 Tagen spielen lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von den Leistungen des Apparates, dessen hervorragende Ausstattung jeden Wohnraumziert, entzückt sein werden, da die Pathé-Schalldose, die Serie des Apparates, das Vollendete ist, was auf diesem Gebiete existiert.

Unabhängig davon sind die von uns gelieferten Schallplatten, die nicht nur um ein Drittel größer als die allgemein bekannten Schallplatten, sondern auch im Gegensatz zu diesen nahezu unzerstörbar sind und ferner ohne Nadelwechsel, mit einem niemals auszuwechselnden polierten Edelstein gespielt werden.

Was diese Bemerkung bedeutet, kann nur derjenige beurteilen, der schon einmal einen Sprechapparat besessen hat, der den lästigen Nadelwechsel kennt und der weiß, wie rasch sich jede, auch die teuerste Nadelplatte, von

Anfang an abnutzt, um schließlich gänzlich zerstört zu werden.

Die Vorgänge unserer Pathé-Platten sind aber nicht nur hinsichtlich der Haltbarkeit, sondern auch hinsichtlich ihres Inhaltes so gewollt, daß niemand, der diese Platten gehört hat, den Wunsch haben wird, andere Platten zu besitzen. Da gibt es die neuesten

Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Tänze, Ouvertüren und Potpourris, alle nur möglichen Instrumentalfolk, wie Flöten, Violen, Klarinetten, Klapophon etc., erste und lustige Orchesterstücke, Soli und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und zwar auf allen Gebieten das Beste.

Denn das große Pathé-Repertoire umfaßt mehr als 25 000 Nummern, lauter Originalaufnahmen, von den größten Künstlern gefungen und gespielt.

Haben Sie sich nun während der Dauer von 5 Tagen von alledem, was wir vorstehend gesagt haben, persönlich überzeugt, so steht es Ihnen frei, unsere Sendung käuflich zu erwerben.

In diesem Falle haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 3.- M. monatlich an uns zu zahlen. Der Apparat kostet einschließlich der ersten Pathé-Schalldose nur 45.- M., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3,30 M. pro Doppelplatte (also für 2 Stücke) in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem von uns geschaffenen, ebenfalls nur ganz geringe Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbezahlen.

Wenn man bedenkt, wie leicht und achlos man 10 Pfennig täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgibt, wird niemand zögern, sich und den Seinen den von uns gebotenen unvergänglichen Genuß zu verschaffen.

Die zahllosen uns täglich ohne Aufforderung zukommenden, zum Teil in Worten des höchsten Lobes gehaltenen Zuschriften sind der beste Beweis dafür, daß nicht nur die von uns gelieferten Fabrikate, sondern auch die Vergünstigungen, welche wir gewähren, in den weitesten Kreisen Anerkennung finden.

Machen Sie also einen Versuch

der Sie nichts kostet, und werfen Sie den eingedruckten Bestellzettel, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten.

Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, durch die Sie alles das bestatigt finden werden, was wir gesagt haben. Gestalt Ihnen der Apparat aber nicht, so können Sie die ganze Sendung 5 Tage nach Empfang wieder an uns zurückgeben lassen.

Wir sind aber überzeugt, daß auch Sie uns, wie viele Tausende unserer Kunden, dankbar sein werden, daß wir Sie auf unsere Vergünstigungen aufmerksam gemacht und Ihnen Gelegenheit geboten haben, von denselben Gebrauch zu machen.

Bial & Freund - Breslau II

Postfach 120/19

Einige Anerkennungen

Besten Dank für den Pathé-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und überträgt bestmöglichst Klangschönheit aller Dagewesenen. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.

Danzig, ges. R. V. Buchhalter.

Die mir gelieferte Pathé-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich diese jedem aus wärmster Empfehlung.

Radiß, Bezirk Halle, ges. B. Sch., Igl. Weichensteller.

Ich habe die bellenden Pathé-Platten gespielt und bin mit demselben sehr zufrieden. Erkundigt bin ich sowie meine Familie über die Klangschönheit.

Frankfurt a. M., ges. B. M.

Gest. aus Bestellschein 120/19 in Ruwert schneiden u.

Dierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Kursus-Sprechapparat mit echter Pathé-Schalldose und 20 Stücke auf doppelseitig beidseitigen Pathé-Platten ohne Anzahlung, ohne Nachnahme, ohne jede Einlageberechnung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung zur Probe zuzulassen. Ich verhoffe mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzusenden, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich 3 M., vom Ablauf der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von 45 M. und der der 10 Doppelplatten à 3,30 M. beglichen ist. — Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: Name, Vorname und Beruf:

